

Aufstellung des Bebauungsplanes

Nr. 11/66 „Römergärten“

Stadt Zülpich

Artenschutzrechtliche Prüfung



Aufstellung des Bebauungsplanes

Nr. 11/66 „Römergärten“

Stadt Zülpich

Artenschutzrechtliche Prüfung

Gutachten im Auftrag der
Stadt Zülpich

Bearbeiter:

Dr. Claus Albrecht

Dr. Thomas Esser

Dipl.-Biol. Oliver Tillmanns

Dipl.-Biol. Jochen Weglau

KÖLNER BÜRO FÜR FAUNISTIK

Gottesweg 64

50969 Köln

www.kbff.de

Köln, im August 2018

Inhalt

1. Anlass und Rechtsgrundlagen.....	3
1.1 Anlass	3
1.2 Rechtsgrundlagen	3
1.2.1 Artenschutzrechtliche Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG)	4
1.2.2 Begriffsdefinitionen	6
1.2.3 Fazit.....	9
2. Lage und Beschreibung des Vorhabenbereiches	10
3. Vorgehensweise und Methodik.....	17
3.1 Vorgehensweise und Fragestellung.....	17
3.2 Auswahl artenschutzrechtlich relevanter Arten	17
3.3 Methodik und Datengrundlagen.....	17
4. Beschreibung des Vorhabens und seiner Auswirkungen	20
4.1 Baubedingte Wirkungen	22
4.2 Anlage- und betriebsbedingte Wirkungen	23
5. Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten	25
5.1 Europäische Vogelarten	25
5.1.1 Gesamtartenliste der Vogelarten.....	25
5.1.2 Planungsrelevante Vogelarten	28
5.2 Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie	31
5.2.1 Feldhamster.....	31
5.2.2 Haselmaus.....	31
5.2.3 Weitere Artengruppen	31
6. Betroffenheit artenschutzrechtlich relevanter Arten.....	32
6.1 Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung artenschutzrelevanter Beeinträchtigungen.....	32
6.2 Funktionserhaltende Maßnahmen (CEF-Maßnahmen).....	33
6.3 Mögliche Betroffenheiten prüfrelevanter Arten und Bewertung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände	35
6.3.1 Europäische Vogelarten.....	36
6.3.2 Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie.....	45
7. Zusammenfassung und Fazit.....	46
8. Literatur und sonstige verwendete Quellen.....	49

1. Anlass und Rechtsgrundlagen

1.1 Anlass

§ 44 des BNatSchG enthält Schutzbestimmungen für bestimmte Tier- und Pflanzenarten. Diese gelten für Pflanzen- und Tierarten, die nach § 7 BNatSchG besonders und/oder streng geschützt sind, und zwar sowohl für die Individuen bzw. Populationen der Arten als auch für ihre Lebensräume bzw. wichtige Bestandteile der Lebensräume.

Eingriffe in Natur und Landschaft bedürfen einer Überprüfung artenschutzrechtlicher Belange, wenn eine Betroffenheit bestimmter geschützter Arten (Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, wildlebende Vogelarten sowie Arten, die nach einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 BNatSchG aufgeführt sind) nicht von vorneherein auszuschließen ist (siehe hierzu auch Kapitel 1.2). Zu prüfen sind dabei die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG, nach denen eine Tötung oder Verletzung von Individuen artenschutzrechtlich relevanter Arten (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG), eine erhebliche Störung der Lokalpopulation (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) sowie eine Zerstörung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) verboten sind. Nähere Bestimmungen zu Eingriffen im Falle der Betroffenheit der Fortpflanzungs- und Ruhestätten und im Hinblick auf damit verbundene Tötungen von Individuen artenschutzrechtlich relevanter Tierarten finden sich in § 44 Abs. 5 BNatSchG (siehe Kapitel 1.2). Die Anforderungen des Artenschutzes sind in der Verwaltungsvorschrift des Landes NRW zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) (VV-Artenschutz, MKUNLV 2016) näher beschrieben.

Die Stadt Zülpich plant die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11/66 „Römergärten“ im Südwesten von Zülpich, angrenzend an die Ortslage „Hoven“.

Im Zuge der Realisierung des Vorhabens sind Betroffenheiten von Arten, die unter die o.a. Schutzbestimmungen des § 44 BNatSchG fallen, nicht von vorneherein auszuschließen. Daher wird in der vorliegenden artenschutzrechtlichen Betrachtung geprüft, ob und ggf. bei welchen Arten artenschutzrechtliche Konflikte auftreten können. Ggf. werden Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen dargestellt, die geeignet sind, das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände zu vermeiden.

1.2 Rechtsgrundlagen

Grundlage der Artenschutzprüfung sind die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG, wonach es nicht zu einer Tötung oder Verletzung von Individuen artenschutzrechtlich relevanter Arten (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG), zu einer erheblichen Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) oder zu einer Zerstörung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3

BNatSchG) dieser Arten kommen darf. Bei zulässigen Eingriffen gelten hinsichtlich der Tötung von Individuen und Zerstörung der Fortpflanzungs-/Ruhestätten ergänzende Vorgaben des § 44 Abs. 5 BNatSchG (siehe nachfolgendes Kapitel). Im Falle eines Verstoßes gegen ein Zugriffsverbot darf das Vorhaben dennoch zugelassen werden, wenn entsprechend der Vorgaben von § 45 Abs. 7 BNatSchG die Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahme vorliegen.

Für die Artenschutzprüfung nach § 44 BNatSchG sind zunächst sämtliche Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie sämtliche wildlebende Vogelarten relevant, darunter auch landesweit verbreitete und ungefährdete Arten sowie als Irrgäste oder sporadische Zuwanderer auftretende Arten. Vor diesem Hintergrund wurde für Nordrhein-Westfalen eine natur-schutzfachlich begründete Auswahl von Arten getroffen, die in einer Artenschutzprüfung einzeln zu bearbeiten sind („planungsrelevante Arten“, vgl. KIEL 2005). Im Falle der nicht-planungsrelevanten Arten (z.B. ungefährdeten Vogelarten) kann in der Regel davon ausgegangen werden, dass keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten, sofern eingriffsbedingte Tötungen vermieden werden, so dass Einzelbetrachtungen nicht erforderlich sind (vgl. MKUNLV 2016).

Die Vorgaben der §§ 44 und 45 BNatSchG werden im Folgenden näher erläutert.

1.2.1 Artenschutzrechtliche Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG)

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören

(Zugriffsverbote)

In § 44 Absatz 5 BNatSchG werden die Zugriffsverbote für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 S. 1 BNatSchG (z.B. bei Aufstellung eines Bebauungsplans) eingeschränkt. Im Rahmen der Än-

derung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 15. September 2017 wurde der § 44 Abs. 5 BNatSchG wie folgt formuliert:

(5) „Für nach § 15 Absatz 1 unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Absatz 1 oder Absatz 3 zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,
2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,
3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden.

Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.“

Die Frage, ob die ökologische Funktion betroffener Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird, ist einzelfallbezogen zu prüfen. Die ökologische Funktion im Sinne des § 44 Abs. 5 BNatSchG kann ggf. auch durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) sichergestellt werden.

Für die Bewertung des Störungstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist maßgeblich, ob die Störwirkungen erheblich für die Lokalpopulation der betroffenen Art sind, d.h. ob sie zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Lokalpopulation führen können.

Falls ein artenschutzrechtlicher Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG eintritt, ist ein Ausnahmeverfahren nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich, um ein Vorhaben dennoch zulassen zu können. Demnach müssen folgende Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahme kumulativ erfüllt sein:

- Vorliegen von zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art,
- Fehlen einer zumutbaren Alternative und
- keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Populationen einer Art bzw. (Art des Anhangs IV FFH-RL) keine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustandes.

1.2.2 Begriffsdefinitionen

Die in § 44 Abs. 1 und 5 BNatSchG verwendeten Begriffe werden im Folgenden unter Berücksichtigung europarechtlicher Vorgaben und neuerer Gerichtsentscheidungen näher erläutert.

Tötungen von Tieren können grundsätzlich baubedingt sowie betriebsbedingt eintreten (betriebsbedingt z.B. bei Straßen). Unvermeidbare baubedingte Tierverluste im Zusammenhang mit der Beseitigung von Fortpflanzungs-/Ruhestätten verstoßen nach § 44 Abs. 5 BNatSchG bei Planungs- und Zulassungsverfahren nicht gegen das Tötungs- und Verletzungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, solange die ökologische Funktion der betroffenen Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Demgegenüber betont das BVerwG u.a. im sog. „Freiberg-Urteil“ (Urteil vom 14.7.2011 – 9 A 12.10) die individuenbezogene Ausgestaltung des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG. Demnach ist von einem Eintreten des Verbotstatbestandes bereits dann auszugehen, wenn einzelne Tiere durch eine Maßnahme getötet werden. Bei bestimmten Artengruppen sind Maßnahmen möglich, mit denen baubedingte Tötungen vollständig vermieden werden können (z.B. Vögel: Inanspruchnahme von Nistbereichen nur außerhalb der Brutzeit).

Betriebsbedingte Tötungen (z.B. an Straßen) verstoßen nicht gegen das Tötungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, wenn sie dem allgemeinen Lebensrisiko einer Art entsprechen, sehr wohl allerdings dann, wenn sich durch das Vorhaben das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Dies ist ggf. einzelfallbezogen zu prüfen.

Bezugsgröße für die Bewertung der „Störung“ ist laut § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG die Lokalpopulation der betroffenen Art. Störungen können grundsätzlich durch Beunruhigungen

und Scheuchwirkungen z.B. infolge von Bewegung, Lärm oder Licht eintreten. Unter das Verbot fallen aber auch anlagebedingte Lebensraumbeeinträchtigungen und Störungen des Lebensraumverbundes, z.B. Silhouettenwirkungen von Bauwerken und Zerschneidungen von Leitstrukturen für Wander-/Ausbreitungsbewegungen (vgl. MKUNLV 2016). Falls Störungen zu einer Aufgabe von Brutplätzen, Quartieren oder sonstigen Fortpflanzungs-/Ruhestätte führen, ergeben sich Überschneidungen mit dem Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (siehe unten).

Verbotstatbeständlich sind Störungen, die sich erheblich auf die Lokalpopulation auswirken, d.h. zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der betroffenen Art führen. Dies ist der Fall, wenn sie sich auf die Überlebenschancen, die Reproduktionsfähigkeit und den Fortpflanzungserfolg der Arten auswirken. Die Bewertung der Erheblichkeit einer Störung hängt von Dauer und Zeitpunkt der Störwirkung ab, weiterhin auch von der „Empfindlichkeit“ der betroffenen Lokalpopulation. Empfindlichkeiten gegenüber störenden Einflüssen sind zunächst arten- bzw. artengruppenbezogen sehr unterschiedlich. Weiterhin hängt die Empfindlichkeit einer Lokalpopulation auch von ihrer Größe und dem Verbreitungsbild ab: So führen Wirkungen auf kleine Restpopulationen und Vorkommen am Rand des Verbreitungsgebietes eher zu erheblichen Störungen als Wirkungen auf größere Populationen in zentralen Bereichen des Verbreitungsraumes (vgl. MKUNLV 2016).

Als lokale Population im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG kann in Anlehnung an § 7 Abs. 2 Nr. 6 BNatSchG eine Gruppe von Individuen einer Art definiert werden, die eine Fortpflanzungs- oder Überdauerungsgemeinschaft bilden und einen zusammenhängenden Lebensraum gemeinsam bewohnen. Da Lokalpopulationen in der Praxis kaum nach populationsbiologischen Kriterien definiert werden können, müssen alternativ pragmatische Kriterien für die Abgrenzung herangezogen werden. So können bei bestimmten Arten mit punktueller bzw. zerstreuter Verbreitung oder mit lokalen Dichtezentren kleinräumige Landschaftseinheiten (z.B. Waldgebiete, Grünlandkomplexe, Bachläufe) oder Schutzgebiete (NSG, Natura 2000-Gebiet) als Lebensraum einer Lokalpopulation benannt werden. Bei Arten mit flächiger Verbreitung kann die Definition anhand von naturräumlichen Landschaftseinheiten erfolgen, hilfsweise auch anhand von Verwaltungsgrenzen (Gemeinden, Kreise) (MKUNLV 2016).

Zu den Fortpflanzungsstätten im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG gehören alle Bestandteile des Lebensraumes, die für die Fortpflanzung benötigt werden, z.B. Balz- und Paarungsplätze, Neststandorte, Eiablageplätze, Wurfbaue/-plätze, Wochenstubenquartiere (von Fledermäusen), Verpuppungs-/Schlupfplätze (von Libellen, Schmetterlingen) (vgl. MKUNLV 2015, 2016). Ruhestätten sind Bereiche, die von Tieren zum Ruhen, Schlafen oder bei längerer Inaktivität (z.B. Überwinterung) aufgesucht werden. Hierzu gehören Schlaf-, Mauser- und Rastplätze, Sonnplätze oder Winterquartiere z.B. von Fledermäusen.

Weitere Teilhabitate wie z.B. Nahrungsräume, Flugrouten und Wanderkorridore gehören nicht zu den Fortpflanzungs-/Ruhestätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Beeinträchtigungen solcher Teilhabitate können aber in bestimmten Fällen (wenn es sich um essenzielle Habitatelemente handelt) dazu führen, dass Lebensstätten (Brutplätze, Quartiere,...) aufgegeben werden bzw. dass keine Reproduktion mehr erfolgen kann. Ein solcher vollständiger Funktionsverlust einer Fortpflanzungs-/Ruhestätte erfüllt den Schädigungstatbestand.

Die Definition der Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist jeweils artbezogen durchzuführen. Dabei lassen sich grundsätzlich 2 Fälle unterscheiden, und zwar erstens bei Arten mit relativ kleinen Aktionsräumen (z.B. Singvogelarten mit geringen Raumansprüchen) eine Definition unter Einbeziehung des weiteren Umfelds des jeweiligen Niststandortes, Eiablageplatzes, Versteckes u.ä. (weite Auslegung) sowie zweitens bei Arten mit großem Aktionsraum die Beschränkung auf die als Fortpflanzungs-/Ruhestätte genutzte kleinflächige bzw. punktuelle Örtlichkeit (z.B. Horststandort einer Greifvogelart, Fledermausquartier) (enge Auslegung) (EUROPEAN COMMISSION 2007, MKUNLV 2016).

Hinsichtlich des Schutzes von Fortpflanzungs-/Ruhestätten ist weiterhin zu beachten, dass eine Zerstörung einer Lebensstätte außerhalb der Nutzungszeit durch die jeweilige Art den Verbotstatbestand nicht erfüllt, wenn es sich um eine nicht-standorttreue Art handelt, die ihre Lebensstätte ständig wechselt, dass der Verbotstatbestand allerdings sehr wohl erfüllt wird, wenn es sich um eine standorttreue Art handelt, die die betroffene Fortpflanzungs-/Ruhestätte regelmäßig nutzt bzw. auf die Wiederverwendung der Fortpflanzungsstätte angewiesen ist und keine Ausweichmöglichkeit hat (MKUNLV 2016).

Bei der Beschädigung einer Fortpflanzungs-/Ruhestätte kann es sich um eine unmittelbare materielle Schädigung eines Nestes, Quartieres o.ä. oder um eine mittelbare Funktionsbeeinträchtigung, etwa durch Veränderung abiotischer Faktoren (z.B. Veränderung des Wasserhaushalts mit Auswirkung auf die Lebensraumeignung für eine an Feuchtgebiete gebundene Tierart). Entscheidend ist die Frage, ob durch die Wirkung die Reproduktion oder die Ruhemöglichkeiten beeinträchtigt werden können (MKUNLV 2016).

Die Frage der „Absichtlichkeit“ artenschutzrechtlicher Beeinträchtigungen ist durch den EuGH im so genannten „Caretta-Caretta-Urteil“ vom 30.01.2002, Rs. C-103/00 (siehe unter <http://curia.europa.eu>) thematisiert worden. Danach ist eine Handlung dann als absichtlich zu bezeichnen, wenn sie in Kenntnis aller Umstände, folglich im Bewusstsein des Vorkommens der geschützten Arten und der beeinträchtigenden Wirkung der Handlung vorgenommen wird. Eine unmittelbare Absicht des Tötens von Anhang IV – Arten oder der Störung derselben muss nicht vorhanden sein. Das Wissen um die voraussichtliche Wirkung des eigenen Handelns im Zusammenhang mit dem ebenfalls bekannten Vorkommen von Anhang IV –

Arten reicht aus, um dieses als absichtlich zu bezeichnen (siehe EUROPEAN COMMISSION 2006, 2007, Kapitel II.3.).

1.2.3 Fazit

Ein Vorhaben ist somit unter folgenden Voraussetzungen aus artenschutzrechtlicher Sicht zulässig:

- a. Es entstehen keine Gefährdungen bzw. Beeinträchtigungen prüfrelevanter Arten mit artenschutzrechtlicher Relevanz oder
- b. es entstehen Gefährdungen bzw. Beeinträchtigungen mit artenschutzrechtlicher Relevanz, diese können aber mit Hilfe geeigneter Maßnahmen vermieden, gemindert oder vorgezogen funktional ausgeglichen werden, so dass die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nicht eintreten oder
- c. es verbleiben auch bei Berücksichtigung von Maßnahmen Beeinträchtigungen, die artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllen. Das Vorhaben erfüllt aber die in § 45 Abs. 7 BNatSchG formulierten Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahme.

Falls Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG eintreten und die Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG nicht erfüllt sind, ist das Vorhaben aus artenschutzrechtlicher Sicht unzulässig.

2. Lage und Beschreibung des Vorhabenbereiches

Der Geltungsbereich des Plangebietes liegt im südwestlichen Teil von Zülpich, angrenzend an die Ortslage „Hoven“. Es wird begrenzt von der bestehenden Wohnbebauung von „Hoven“ entlang der Chlodwigstraße, der Nidegger Straße sowie der Steinfelder Straße. Im Nordosten ist an der Steinfelder Straße ebenfalls Wohnbebauung geplant.

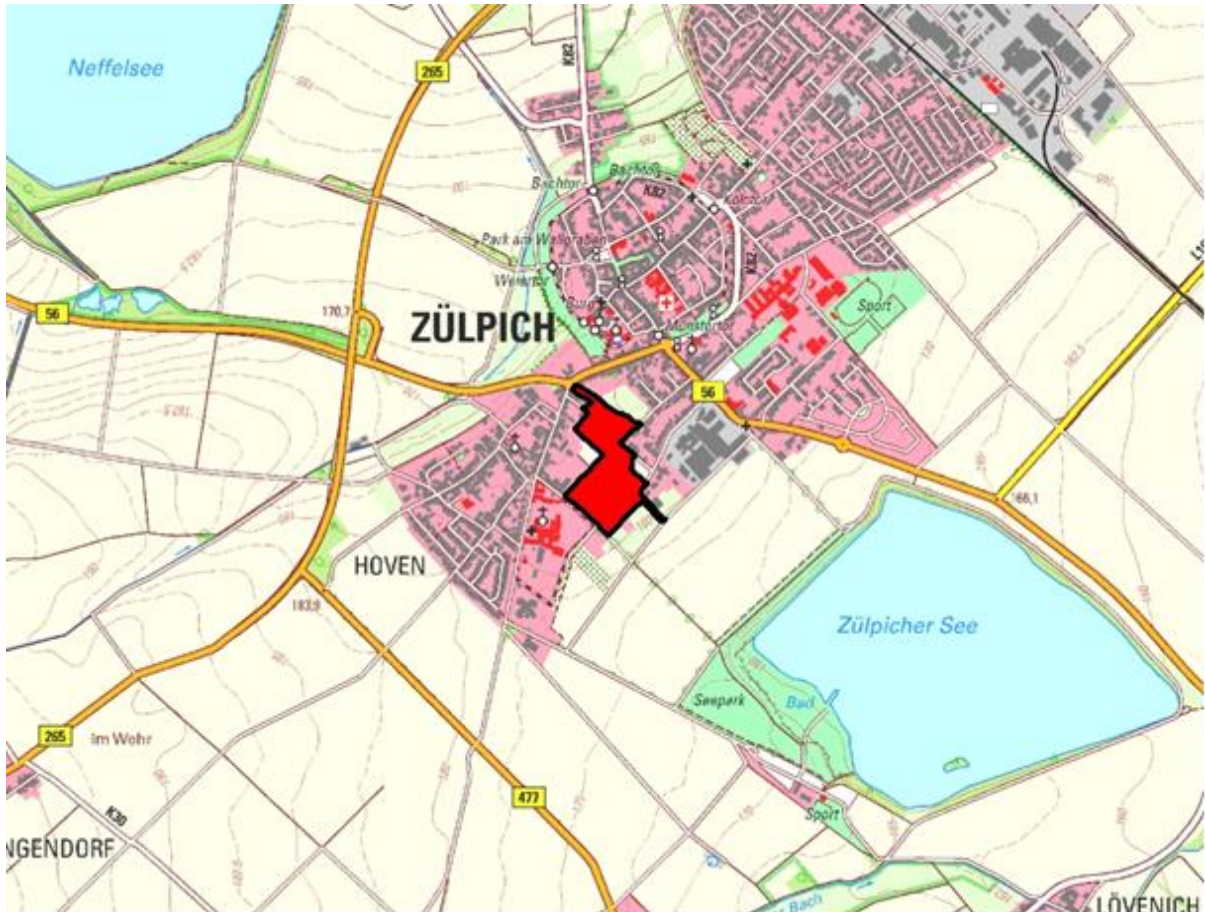


Abbildung 1: Übersicht: Lage des Plangebietes „Römergärten“ der Stadt Zülpich (rote Fläche).

An das Plangebiet grenzt überwiegend Bebauung (u. a. auch ein Neubaugebiet) an, ausschließlich im Süden grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an das Plangebiet an. Im Osten befindet sich ein Einzelhandelsgebiet. Unmittelbar im Anschluss entsteht derzeit eine Kindertageseinrichtung. Das Plangebiet ist überwiegend von landwirtschaftlich genutzten Flächen geprägt. Im Norden stockt eine Baumgruppe, im Süden sind einige Bestandsgebäude in den Geltungsbereich einbezogen. Das Plangebiet wird von kleinen Straßen und Wegen durchzogen. Vereinzelt gibt es zwischen den landwirtschaftlichen Nutzflächen oder entlang der Wege Gebüschstrukturen bzw. Baumreihen.

Die umgebenden Straßen sowie Gebäudeflächen, die ins Plangebiet hineinreichen, sind als versiegelte Flächen anzusprechen. Im Westen befindet sich am Lichweg zudem eine Mauer.



Abbildung 2: Blick auf den nördlichen Teil des Plangebiets.



Abbildung 3: Blick auf den zentralen Teil des Plangebiets.



Abbildung 4: Pferdekoppeln nordwestlich des Plangebiets.



Abbildung 5: Strohlager und Birnbaum mit Steinkauzröhre nordwestlich des Plangebiets.



Abbildung 6: Birnbaum mit Steinkauzröhre nordwestlich des Plangebiets.



Abbildung 7: Beweidete Grünlandflächen im westlichen Teil des Plangebiets.



Abbildung 8: Reitplatz im südlichen Teil des Plangebiets.



Abbildung 9: Vorhandene Bebauung an der Chlodwigstraße im südlichen Teil des Plangebiets.



Abbildung 10: Blick über das Plangebiet (August 2018).

Die Wege durch das Plangebiet sind als teilversiegelte Flächen anzusprechen. Entlang der Straßen und Wege befinden sich Saumstrukturen, die mit krautigen Arten bewachsen sind.

Das Plangebiet wird großflächig von Ackerflächen geprägt. Diese Ackerflächen waren zum Zeitpunkt der Begehung im März 2018 mit Getreide bestellt.

Im Süden und Westen befinden sich intensiv genutzte Grünlandflächen, die als Wiese oder Pferdeweide genutzt werden.

3. Vorgehensweise und Methodik

3.1 Vorgehensweise und Fragestellung

Mögliche artenschutzrechtlich relevante Betroffenheiten im Sinne des § 44 BNatSchG werden in folgenden Schritten geprüft:

- In einem ersten Schritt werden diejenigen prüfrelevanten Arten ermittelt, die im Wirkungsbereich des Vorhabens vorkommen könnten. Dies erfolgt unter Zugrundelegung der im Informationssystem der Naturschutzverwaltung (LANUV 2016) abrufbaren Mess-tischblatt- (MTB-) bezogenen Zusammenstellung planungsrelevanter Arten und der Lebensraumsituation im Bereich bzw. im Umfeld des Vorhabens. Hieraus lässt sich die Notwendigkeit eigenständiger Erhebungen ableiten.
- Für die potenziell vorkommenden prüfrelevanten Arten erfolgt eine Einschätzung, ob vorhabenbedingte Wirkfaktoren zur Auslösung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände führen können. Dies erfolgt unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen.
- Für planungsrelevante Arten, bei denen ein Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestandes nicht ausgeschlossen werden kann, erfolgt eine vertiefende Prüfung, ggf. unter Berücksichtigung von Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen sowie vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen).

3.2 Auswahl artenschutzrechtlich relevanter Arten

Gegenstand der artenschutzrechtlichen Prüfung nach § 44 BNatSchG i Zusammenhang mit einem Eingriff sind die Arten des Anhangs IV der FFH-RL sowie die wildlebenden Vogelarten. Die nur auf nationaler Ebene besonders und streng geschützten Arten sind nach § 44 Abs. 5 Satz 5 nicht prüfrelevant.

3.3 Methodik und Datengrundlagen

Die Ermittlung der prüfrelevanten Arten erfolgte anhand eigenständiger Kartierungen, die im Jahr 2016 durchgeführt worden sind. Die Methodik der Bestandsaufnahme richtete sich nach den Vorgaben von ANDRETZKE et al. (2005) und FISCHER et al. (2005). Es wurden 7 Begehungen zur Erfassung der Vogelarten im Gebiet vorgenommen. Dabei wurden nicht nur das eigentliche Plangebiet, sondern auch die umgebenden Freiflächen bis zu einer Distanz von etwa 100m in die Betrachtung einbezogen, um eventuelle Verdrängungswirkungen durch die mit der Bebauung entstehenden Silhouetten der Gebäude auf bestimmte Arten, die empfindlich auf Vertikalstrukturen reagieren, zu berücksichtigen (vgl. **Abbildung 11**).

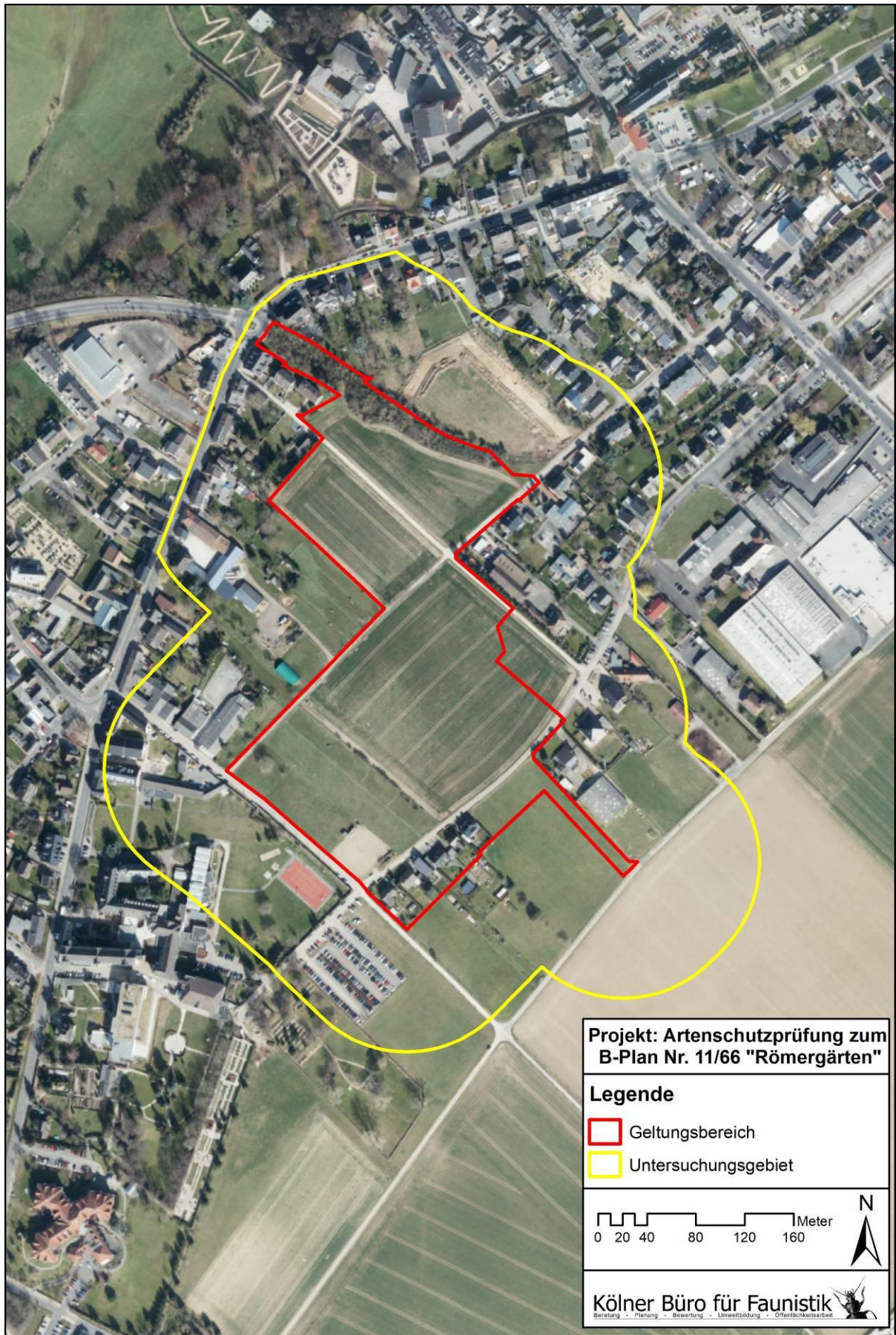


Abbildung 11: Darstellung des Untersuchungsgebiets.

Die Kartierungen wurden an folgenden Terminen durchgeführt: 08.03.2016, 14.04.2016, 16.04.2016, 14.05.2016, 04.06.2016, 15.06.2016 und 30.06.2016. An den ersten beiden Kartierterminen wurde im Rahmen von abendlichen Begehungen das Vorkommen des Rebhuhns mittels Klangattrappe untersucht. Im Rahmen der Brutvogelkartierung wurden alle auftretenden Gastvogelarten ebenfalls erfasst.

Außerdem wurde eine Erhebung zum Vorkommen des Feldhamsters durchgeführt. Bei der Kontrolle des Plangebiets wurden die Empfehlungen von WEIDLING & STUBBE (1998) sowie KÖHLER et al. (2001) zugrunde gelegt. Da auf Teilflächen (Ackerflächen) im Plangebiet im Frühjahr 2016 keine Einsehbarkeit gegeben war, da die Feldfrüchte bereits zu dicht standen, fanden die Begehungen nach der Ernte statt. Die Begehung fand am 08. August 2016 statt. Der Feldhamster konnte dabei nicht nachgewiesen werden.

Im Bereich des nördlich im Plangebiet liegenden Gehölzzuges wurde das Vorkommen der Haselmaus untersucht. Hierzu erfolgte im Gehölzbestand die Installation von insgesamt 10 Haselmaustubes, welche regelmäßig auf Besatz hin kontrolliert wurden.

Desweiteren wurde geprüft, ob in der Landschaftsinformationssammlung des Landes Nordrhein-Westfalen (@LINFOS, LANUV 2018) Meldungen planungsrelevanter Arten für den Vorhabenbereich und die Umgebung verzeichnet sind.

In die Betrachtung einbezogen werden auch nicht gefährdete, verbreitete Vogelarten, die in der Artenschutzprüfung nach § 44 BNatSchG grundsätzlich zu berücksichtigen sind, aber nicht zu den planungsrelevanten Arten nach KIEL (2005) gehören. Diese werden summarisch abgehandelt, eine artbezogene Prüfung erfolgt nicht.

Aufgrund der sehr beschränkten Habitatausstattung des Untersuchungsgebiets ist die hier gewählte Methodik als vollkommen ausreichend einzustufen. Weitere Erhebungen hätten zu keinem zusätzlichen Erkenntnisgewinn geführt.

4. Beschreibung des Vorhabens und seiner Auswirkungen

Zielsetzung des Bebauungsplans ist die Schaffung eines Baugebietes für ca. 80 Wohnhäuser. Da aufgrund der Artenschutzproblematik (Feldhamster) derzeit kurzfristig die geplanten weiteren Bauabschnitte der Seegärten nicht realisiert werden können (1. Bauabschnitt Seegärten ist abgeschlossen), soll zur Befriedigung der starken Nachfrage nach Baugrundstücken in der Innenstadt zunächst ein kleineres Baugebiet vorgeschaltet werden.

Da es sich beim Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11/66 um kleinere Restflächen zwischen rundum bestehender Bebauung handelt (Hoven, Zülpich, Kloster Marienborn), ist diese Fläche für die Landwirtschaft langfristig größtenteils nur eingeschränkt nutzbar und bietet sich daher für eine bauliche Arrondierung unter Wahrung der Vorgabe des § 1 a Nr. 2 BauGB an (sparsamer Umgang mit Grund und Boden). Alternative Flächen im Innenbereich (Wiedernutzbarmachung oder Nachverdichtung) stehen derzeit nicht im erforderlichen Ausmaß für eine Bebauung zur Verfügung.

Für die Stadt Zülpich stellt diese Fläche die letzte größere Reserve für eine wohnbauliche Erweiterung der Kernstadt dar, solange die Baugebiete in Richtung Wassersportsee („Seegärten“) nicht weiterentwickelt werden können (STADT ZÜLPICH 2018A).

Entlang der Haupteerschließung ist eine zwingend zweigeschossige Bebauung vorgesehen (WA 1 u. WA 2), die auch Mehrfamilienhäuser beinhalten kann (bis zu 6 Wohneinheiten pro Haus, im Abschnitt zwischen Kreisverkehr und Steinfelder Straße). Die rückwärtigen, ruhigeren Teilbereiche entlang der Stichstraßen und der geplanten Ringerschließung sollen eher für kleinteiligere eingeschossige Einfamilienhausbebauung vorgehalten werden (WA 3). Eine Ausnahme bildet hier die westliche Ringerschließung (WA 4), die im Innenbereich zwingend zweigeschossige Bebauung vorsieht (**Abbildung 12**).

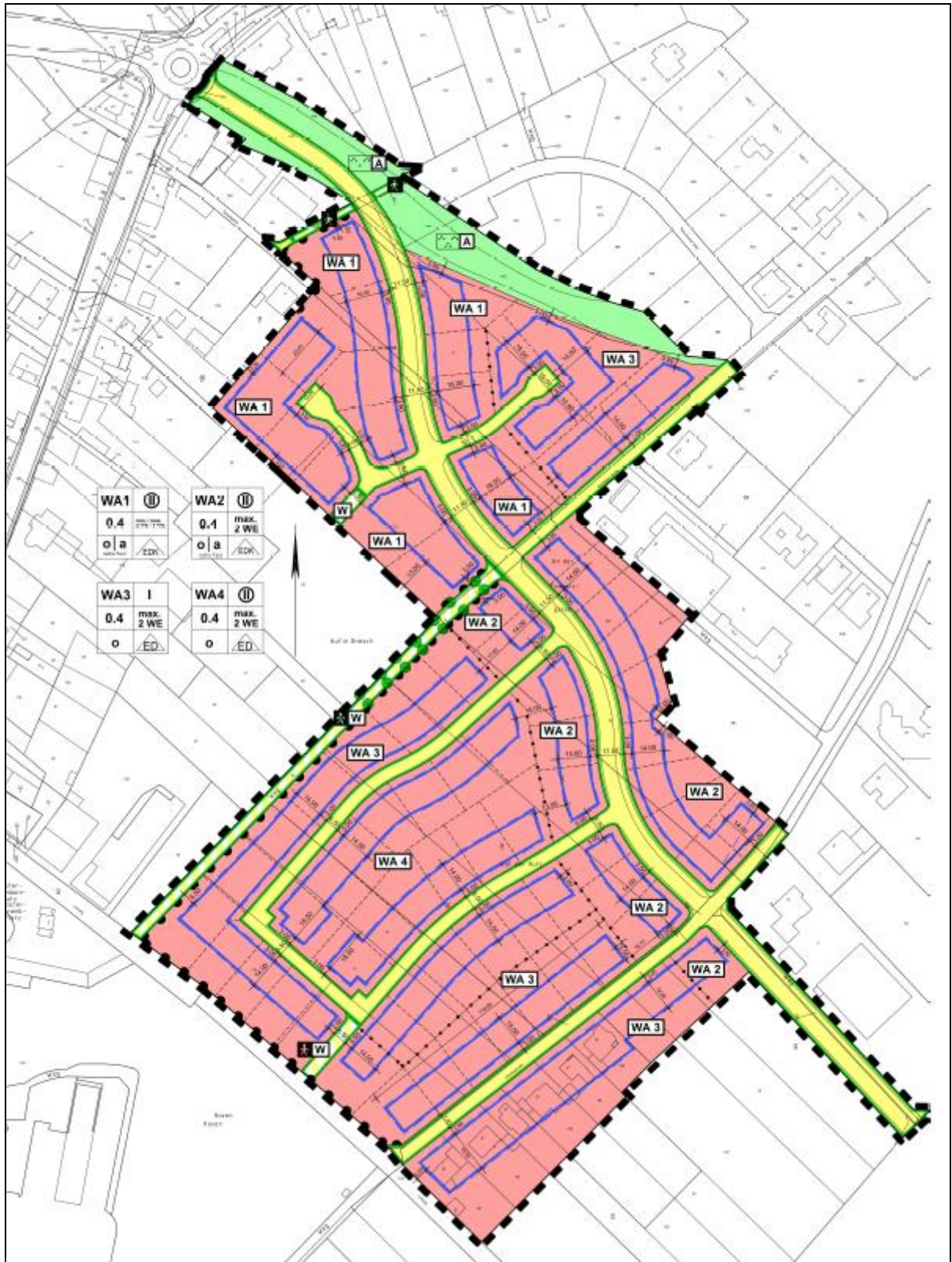


Abbildung 12: Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 11/66 „Römergärten“ der Stadt Zülpich (STADT ZÜLPICH 2018b).

In der vorliegenden Artenschutzprüfung wird von einer nahezu vollständigen Inanspruchnahme des B-Plangebietes durch die geplante Bebauung ausgegangen (Worst-case-Betrachtung).

Nachfolgend werden in allgemeiner Form mögliche Wirkfaktoren beschrieben, die mit dem Vorhaben verbunden sind und zu Auswirkungen auf Individuen oder Lebensräume geschützter Arten führen könnten.

Die konkrete Darstellung und Bewertung möglicher Auswirkungen auf potenziell vorkommende prüfrelevante Tierarten erfolgt dann in Kapitel 6.

4.1 Baubedingte Wirkungen

Hierzu gehören Wirkfaktoren, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Baumaßnahmen auftreten.

- **Flächenbeanspruchung**

Durch baubedingte Flächenbeanspruchungen, z.B. Nutzungen als Baustreifen, Bau-, Lager- oder Rangierflächen kann es zu Zerstörungen oder Beeinträchtigungen von Lebensräumen über die anlagebedingt (durch die Bebauung) beanspruchten Flächen hinaus kommen. Diese Nutzungen bzw. Eingriffe sind zeitlich auf die Bauphase und räumlich auf die Baustellenbereiche beschränkt. Grundsätzlich ist eine Wiederherstellung betroffener Biotop- und Nutzungsstrukturen möglich.

- **Stoffeinträge**

Die Bautätigkeit ist mit Erdbewegungen verbunden. In bestimmten Fällen kann es in diesem Zusammenhang zu Veränderungen von Lebensräumen im Umfeld der Baustellen durch Einträge von Nährstoffen kommen (Ruderalisierung).

Im vorliegenden Fall sind derartige Veränderungen auf größerer Fläche nicht zu erwarten, da im Bereich bzw. im Umfeld des Plangebietes keine diesbezüglich empfindlichen Lebensräume vorkommen. Artenschutzrechtlich relevante Beeinträchtigungen über diesen Wirkfaktor treten daher nicht ein, weshalb er in der artenschutzrechtlichen Prüfung nicht weiter betrachtet wird.

- **Baubedingte akustische und optische Störwirkungen**

Die Bautätigkeit ist mit Maschinenbetrieb und daraus resultierenden Lärmemissionen verbunden, weiterhin mit visuellen Störwirkungen auf Lebensräume bzw. bestimmte empfindliche Arten im Umfeld der Baustelle, durch Fahrzeuge und Maschinen sowie die Anwesenheit von Baupersonal. Dadurch kann es zu Beeinträchtigungen von Vorkommen

störempfindlicher Arten im Umfeld der Baustelle kommen. Diese Wirkungen sind zeitlich auf die Bauphase beschränkt.

Bei der Bewertung der Beeinträchtigungen sind die vorhandenen Vorbelastungen (hier durch Straßenverkehr, Wohnnutzung, evtl. ortsnahe Erholung) in die Betrachtung einzubeziehen.

- **Unmittelbare Gefährdung von Individuen**

Bei Eingriffen in Vegetation und Boden können Tiere verletzt, getötet oder deren Entwicklungsstadien zerstört werden. Dieses Risiko betrifft Entwicklungsstadien wie z.B. Vogeleier, weiterhin Individuen, die nicht aus dem Eingriffsbereich flüchten können wie z.B. Jungvögel in Nestern sowie Individuen von nicht flugfähigen Arten bzw. Artengruppen wie Reptilien oder Amphibien.

Weiterhin zu beachten sind mögliche Tötungsrisiken durch mit den Baumaßnahmen einhergehende Fahrzeugbewegungen. Die Geschwindigkeiten der Fahrzeuge sind i.d.R. zu gering, um zu einem direkten Kollisionsrisiko für flugfähige Tiere (Fledermäuse und Vögel) zu führen. Eine mögliche Betroffenheit besteht allenfalls für Individuen von nicht flugfähigen Arten (z.B. Reptilien, Amphibien), die sich in den Baustellenbereichen aufhalten.

4.2 Anlage- und betriebsbedingte Wirkungen

- **Flächeninanspruchnahme / Lebensraumverlust**

Anlagebedingte Flächenbeanspruchungen sind generell mit einem dauerhaften Verlust von Vegetationsflächen bzw. -strukturen mit ihren jeweiligen Lebensraumfunktionen für Tiere verbunden.

Im vorliegenden Fall kommt es zu einer anlagebedingten Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Daneben sind auf einer kleineren Teilfläche im Umfeld einer Gartenlaube auch einige Gebüsche betroffen. Die beanspruchte Fläche hat eine Größe von etwa 1,3 ha.

- **Anlage- und betriebsbedingte akustische und optische Störwirkungen**

Die geplante Bebauung und Nutzung könnten unter Umständen mit Beeinträchtigungen von Lebensräumen bzw. Artvorkommen im Umfeld des Wohngebietes verbunden sein, etwa durch Hindernis- oder Silhouettenwirkungen von Gebäuden sowie durch die verstärkte Frequentierung des Bereiches durch Menschen und Fahrzeuge. Der Vorhabenbereich liegt in einem durch Siedlungen und Straßenverkehr geprägten Raum. Durch das geplante Vorhaben ist allenfalls mit graduellen Verstärkungen bereits bestehender Störwirkungen zu rechnen. Vorkommen besonders störempfindlicher Arten sind im Betrachtungsbereich zu berücksichtigen.

tungsraum aufgrund der Lage in einem Siedlungsraum von vorneherein nicht zu erwarten.

- **Auswirkungen auf Lebensraumvernetzung und -verbund**

Beeinträchtigung von Vernetzungs- und Verbundbeziehungen treten z.B. auf, wenn funktionale Zusammenhänge von Lebensräumen gestört werden (z.B. Trennung von Brut- und Nahrungsräumen einer Tierart, Verlust wichtiger Teilhabitate, z.B. Nahrungsräume), wenn Tierwanderwege unterbrochen oder miteinander in Kontakt stehende Teilpopulationen durch eine Bebauung oder Nutzung voneinander getrennt werden (Barriereeffekte).

Im vorliegenden Fall sind in diesem Zusammenhang insbesondere mögliche Funktionen des Plangebietes als Teilhabitat (z.B. Nahrungsraum) relevanter Tierarten zu betrachten.

5. Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten

Die Ergebnisse der faunistischen Erfassungen im Untersuchungsraum werden im Folgenden für die einzelnen Tiergruppen dargestellt. Bei der Abgrenzung des Untersuchungsraums ist zu beachten, dass dieser neben dem Vorhabensbereich (Plangebiet) selbst einen Puffer von etwa 100 m um diesen umfasst, um auch potenzielle Störwirkungen berücksichtigen zu können (vgl. Kapitel 3.3).

5.1 Europäische Vogelarten

5.1.1 Gesamtartenliste der Vogelarten

Im Untersuchungsraum konnten im Jahr 2016 insgesamt 44 Vogelarten nachgewiesen werden, von denen 33 Arten hier Reviere besitzen. Acht Arten konnten nur als Nahrungsgäste festgestellt werden, Graureiher, Kormoran und Wacholderdrossel wurden ausschließlich beim Überfliegen des Untersuchungsraums beobachtet. Zudem muss der Uhu mit berücksichtigt werden, von dem im Jahr 2018 ein Brutvorkommen im nördlichen Umfeld des Untersuchungsraums bekannt wurde. **Tabelle 1** zeigt die im Untersuchungsraum nachgewiesenen Vogelarten und beschreibt deren Vorkommen bzw. die Funktion des Untersuchungsraums für die jeweiligen Arten.

Tabelle 1: Im Jahr 2016 im Untersuchungsraum nachgewiesene Vogelarten und Beschreibung ihres Vorkommens. Status im Untersuchungsraum: B = Brutvorkommen bzw. Brutvogel, D = Durchzügler, NG = Nahrungsgast. **RL D:** Rote Liste-Status in Deutschland nach GRÜNEBERG et al. (2015), **RL NW** bzw. **RL NB:** Rote Liste-Status in Nordrhein-Westfalen bzw. im Naturraum „Niederrheinische Bucht“ nach GRÜNEBERG et al. (2016): 1 = vom Aussterben bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = zurückgehend (Vorwarnliste), D = Gefährdung anzunehmen, aber Daten defizitär, S = von Schutzmaßnahmen abhängig, k.A. = keine Angabe. **Schutz:** Schutzstatus nach § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG: § = besonders geschützt, §§ = besonders und streng geschützt; Anh. I bzw. Art. 4(2) = Art des Anhangs I bzw. nach Artikel 4, Abs. 2 der Vogelschutzrichtlinie. Planungsrelevante Arten nach KIEL (2005) und dem MKULNV (2015) i.V.m. GRÜNEBERG et al. (2016) sind fett hervorgehoben.

Deutscher Name Wissenschaftl. Name	Status	RL D	RL NW	RL NB	Schutz	Vorkommen / Lebensraumfunktion
Amsel <i>Turdus merula</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Bachstelze <i>Motacilla alba</i>	B		V	V	§	Brutvogel an Hofanlagen im westlichen und östlichen Untersuchungsraum, als Nahrungsgast regelmäßig auch im Vorhabensbereich auftretend.
Blaumeise <i>Parus caeruleus</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Bluthänfling <i>Carduelis cannabina</i>	B	3	3	2	§	Seltener Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einziges Brutvorkommen im nördlichen Vorhabensbereich.
Buchfink <i>Fringilla coelebs</i>	B	*	*	*	§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.

Deutscher Name Wissenschaftl. Name	Status	RL D	RL NW	RL NB	Schutz	Vorkommen / Lebensraumfunktion
Dohle <i>Coloeus monedula</i>	B				§	Mäßig häufiger Brutvogel in Gebäuden des Untersuchungsraums (Kaminbruten). Im Vorhabensbereich regelmäßiger Nahrungsgast.
Elster <i>Pica pica</i>	B				§	Seltener Brutvogel im Untersuchungsraum, im Vorhabensbereich regelmäßiger Nahrungsgast.
Feldlerche <i>Alauda arvensis</i>	NG	3	3 S	3	§	Nahrungsgast im südlichen Untersuchungsraum, Brutvorkommen nur im näheren südlichen Umfeld des Untersuchungsraums.
Feldsperling <i>Passer montanus</i>	B	V	3	2	§	Seltener Brutvogel im nordöstlichen Umfeld des Vorhabensbereichs mit 1 Revier. Im Vorhabensbereich als Nahrungsgast auftretend.
Gartenbaumläufer <i>Certhia brachydactyla</i>	B				§	Seltener Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einziges Brutvorkommen im nördlichen Vorhabensbereich.
Gartengrasrücke <i>Sylvia borin</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, ein Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Girlitz <i>Serinus serinus</i>	B		2	1	§	Seltener Brutvogel in Gärten des westlichen Untersuchungsraums sowie im nordöstlichen Umfeld des Untersuchungsraums. Im Vorhabensbereich seltener Nahrungsgast.
Goldammer <i>Emberiza citrinella</i>	B	V			§	Seltener Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einziges Brutvorkommen im nördlichen Vorhabensbereich.
Graureiher <i>Ardea cinerea</i>	Ü				§	Seltener Überflieger im Luftraum des Vorhabensbereichs, keine Teillebensräume im Untersuchungsraum.
Grünling <i>Carduelis chloris</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, ein Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Grünspecht <i>Picus viridis</i>	B				§§	Brutvogel mit 1 Revier im nördlichen Untersuchungsraum, innerhalb des Vorhabensbereichs als Nahrungsgast auftretend.
Hausrotschwanz <i>Phoenicurus ochruros</i>	B				§	Brutvogel an den Gebäuden im Umfeld des Vorhabensbereichs, im Vorhabensbereich zudem Nahrungsgast.
Haussperling <i>Passer domesticus</i>	B	V	V	V	§	Häufiger Brutvogel an Gebäuden im Untersuchungsraum. Innerhalb des Vorhabensbereichs regelmäßig und teils in größerer Anzahl als Nahrungsgast nachgewiesen.
Heckenbraunelle <i>Prunella modularis</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen und südwestlichen Vorhabensbereich.
Kernbeißer <i>Coccothraustes coccothraustes</i>	B				§	Seltener Brutvogel im Untersuchungsraum, einziges Brutvorkommen im nördlichen Vorhabensbereich.
Kohlmeise <i>Parus major</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.

Deutscher Name Wissenschaftl. Name	Status	RL D	RL NW	RL NB	Schutz	Vorkommen / Lebensraumfunktion
Kormoran <i>Phalacrocorax carbo</i>	Ü				§	Seltener Überflieger im Luftraum des Vorhabensbereichs, keine Teillebensräume im Untersuchungsraum.
Mauersegler <i>Apus apus</i>	NG			V	§	Regelmäßiger Nahrungsgast im Luftraum des Vorhabensbereichs.
Mäusebussard <i>Buteo buteo</i>	NG				§§	Im Untersuchungsraum und im Vorhabensbereich als Nahrungsgast auftretend, zudem ein Ruheplatz am nördlichen Rand des Vorhabensbereichs. Keine Brutvorkommen.
Mehlschwalbe <i>Delichon urbicum</i>	NG	3	3S	2	§	Im Untersuchungsraum konnten keine Brutplätze der Art festgestellt werden. Der Abreitzplatz im südwestlichen Vorhabensbereich wurde aber 2016 von etwa 15-20 Brutpaaren regelmäßig genutzt, um Lehm für den Nestbau zu sammeln. Der Abreitzplatz war bei den Begehungen im Jahr 2018 dagegen völlig trocken, so dass er keinen essentiell bedeutenden Platz zur Nistmaterial-Suche darstellt. Zudem regelmäßiger Nahrungsgast im Vorhabensbereich.
Misteldrossel <i>Turdus viscivorus</i>	B				§	Brutvogel mit 1 Revier im nördlichen Untersuchungsraum, innerhalb des Vorhabensbereichs als Nahrungsgast auftretend.
Mönchsgrasmücke <i>Sylvia atricapilla</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Rabenkrähe <i>Corvus corone</i>	NG				§	Regelmäßiger Nahrungsgast im Untersuchungsraum und auch im Vorhabensbereich.
Rauchschwalbe <i>Hirundo rustica</i>	B	3	3	2	§	Brutvogel mit etwa 12 Brutpaaren in einer Hofanlage und in einem Gebäude unmittelbar westlich des Vorhabensbereichs und weiteren mind. 5 Brutpaaren in einer Hofanlage unmittelbar östlich des Vorhabensbereichs. Innerhalb des Vorhabensbereichs regelmäßiger Nahrungsgast.
Ringeltaube <i>Columba palumbus</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Rotkehlchen <i>Erithacus rubecula</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Singdrossel <i>Turdus philomelos</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, ein Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Sommergoldhähnchen <i>Regulus ignicapilla</i>	B				§	Seltener Brutvogel in Gärten im nordwestlichen Untersuchungsraum, keine Nachweise im Vorhabensbereich.
Star <i>Sturnus vulgaris</i>	B	3	3	3	§	Seltener Brutvogel im Untersuchungsraum. Das einzige Revierzentrum der Art im Untersuchungsraum wurde im südlichen Vorhabensbereich festgestellt (Gebäudebrut).

Deutscher Name Wissenschaftl. Name	Status	RL D	RL NW	RL NB	Schutz	Vorkommen / Lebensraumfunktion
Steinkauz <i>Athene noctua</i>	B	3	3	1	§§	Brutvogel mit 1 Brutplatz in einer künstlichen Niströhre unmittelbar an der westlichen Grenze des Vorhabensbereichs. Ruheplatz des Männchens vermutlich in einer Hofanlage an der Steinfelder Straße unmittelbar östlich des Vorhabensbereichs. Es ist davon auszugehen, dass die Grünlandbereiche im Vorhabensbereich wie auch in seinem Umfeld überwiegend als Nahrungsraum genutzt werden.
Stieglitz <i>Carduelis carduelis</i>	B				§	Seltener Brutvogel im Untersuchungsraum mit 1 Revier, innerhalb des Vorhabensbereichs nur als Nahrungsgast auftretend.
Straßentaube <i>Columba livia f. domestica</i>	NG				§	Im Vorhabensbereich als Nahrungsgast auftretend, Brutvogel im südwestlichen sowie im weiteren nordöstlichen Umfeld des Untersuchungsraums.
Türkentaube <i>Streptopelia decaocto</i>	B	V	V	2	§	Brutvogel im nördlichen und südwestlichen Untersuchungsraum mit jeweils 1 Revier, im Vorhabensbereich Nahrungsgast.
Turmfalke <i>Falco tinnunculus</i>	NG		V	3	§§	Im Untersuchungsraum und auch im Vorhabensbereich als Nahrungsgast auftretend, nächstgelegenes Brutvorkommen am Kloster Marienborn im weiteren südwestlichen Umfeld des Vorhabensbereichs.
Uhu <i>Bubo bubo</i>	NG				§§, Anh.I	Potenzieller Nahrungsgast, da im Jahr 2018 in der Burganlage im nördlichen Umfeld brütend.
Wacholderdrossel <i>Turdus pilaris</i>	Ü		V	2	§	Einmalige Beobachtung eines überfliegenden Trupps, keine Teillebensräume im Untersuchungsraum.
Waldohreule <i>Asio otus</i>	NG		3	2	§§	Durch Gewölle- und Federnfunde im östlichen und nordöstlichen Umfeld des Vorhabensbereichs festgestellt. Ein Ruheplatz in einer Fichtenreihe unmittelbar östlich des Vorhabensbereichs. Es ist davon auszugehen, dass die Art in Koniferen der Gärten im näheren Umfeld des Untersuchungsraums brütet.
Wiesenschafstelze <i>Motacilla flava</i>	NG				§	Seltener Nahrungsgast im Untersuchungsraum und auch innerhalb des Vorhabensbereichs.
Zaunkönig <i>Troglodytes troglodytes</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.
Zilpzalp <i>Phylloscopus collybita</i>	B				§	Brutvogel in den Gehölzbeständen des Untersuchungsraums, einzelne Brutvorkommen auch im nördlichen Vorhabensbereich.

5.1.2 Planungsrelevante Vogelarten

Nach Definition von KIEL (2005) und MUNLV (2008) in Verbindung mit der aktuellen Roten Liste (SUDMANN et al. 2009) sind von den 45 insgesamt erfassten Vogelarten 14 Arten als planungsrelevant zu betrachten.

Feldlerche, Mäusebussard, Mehlschwalbe, Turmfalke und Waldohreule sind Nahrungsgäste im Untersuchungsraum und teils auch im Vorhabensbereich. Der Uhu ist aufgrund des 2018 bekannt gewordenen Brutvorkommens in der Burganlage mind. 190 m nördlich des Vorhabensbereichs ein potenzieller Nahrungsgast im Untersuchungsraum. Während die Mehlschwalbe im Jahr 2016 auch Nistmaterial im Vorhabensbereich sammelte, war der dazu genutzte Abreitplatz im Jahr 2018 meist so trocken, dass kaum Nistmaterial zur Verfügung stand. Graureiher und Kormoran konnten nur als Überflieger festgestellt werden.

Mit Bluthänfling, Feldsperling, Girlitz, Rauchschwalbe, Star und Steinkauz treten sechs Arten im Untersuchungsraum als Brutvogel auf, davon Bluthänfling, Star und Steinkauz auch innerhalb des Vorhabensbereichs.

Die Lage der Revierzentren der aktuell festgestellten planungsrelevanten Brutvogelarten zeigt die folgende **Abbildung 13**. Die Nachweise von Nahrungsgästen werden der Übersichtlichkeit halber hier nicht dargestellt.

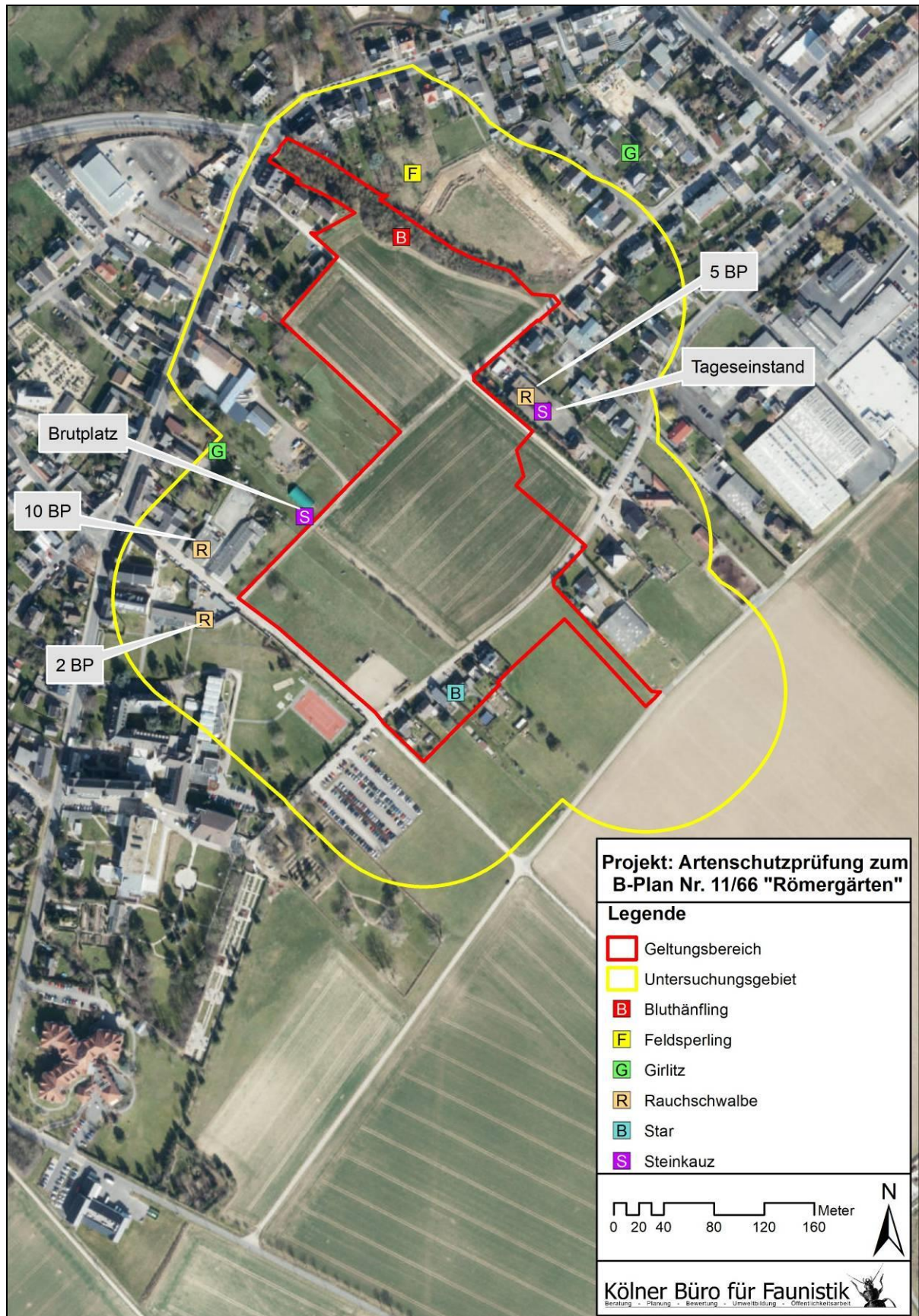


Abbildung 13: Nachweis planungsrelevanter Vogelarten im Bereich und Umfeld des Plangebiets.

5.2 Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

5.2.1 Feldhamster

Im Untersuchungsraum konnten weder Bauten noch Individuen des Feldhamsters festgestellt werden (vgl. Kapitel 3.3).

5.2.2 Haselmaus

Die Erfassung der Haselmaus erbrachte keine Nachweise der Art (vgl. Kapitel 3.3). Ihr Vorkommen im Untersuchungsraum wird deshalb ausgeschlossen.

5.2.3 Weitere Artengruppen

Es liegen keine Beobachtungen von Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie aus anderen Tiergruppen im Untersuchungsraum vor. Zu erwarten ist allenfalls das sporadische Auftreten von Zwergfledermäusen, einer siedlungstypischen Fledermausart, zur Nahrungssuche oder beim Transferflug über dem betreffenden Gelände. Artenschutzrechtlich relevante Auswirkungen des Vorhabens auf die Art können ausgeschlossen werden.

Es bestehen keine Hinweise zum Vorkommen von Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie.

6. Betroffenheit artenschutzrechtlich relevanter Arten

Auf Grundlage der Erkenntnisse zu Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten im Vorhabenbereich bzw. dessen Umfeld erfolgt eine Prognose möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf Individuen bzw. Lebensräume dieser Arten und eine Bewertung dieser Wirkungen im Hinblick auf die Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände (siehe 6.3).

Dabei werden Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Lebensraumverlusten, Individuenverlusten und Störwirkungen in die Betrachtung einbezogen. Diese Maßnahmen sind im nachfolgenden Kapitel 6.1 zusammengestellt. Da im Rahmen der Realisierung des Vorhabens auch Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Arten in Anspruch genommen werden, ist zudem von einer Notwendigkeit von vorgezogenen, funktionserhaltenden Maßnahmen auszugehen, die in Kapitel 6.2 dargestellt werden.

6.1 Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung artenschutzrelevanter Beeinträchtigungen

Bei der Realisierung des Vorhabens sind folgende Maßnahmen zu berücksichtigen, um direkte Gefährdungen, Lebensraumverluste und Störungen artenschutzrechtlich relevanter Arten zu vermeiden bzw. zu reduzieren:

V1 Minimierung bau- und anlagebedingter Inanspruchnahmen von Gehölzen

Bau- und anlagebedingte Eingriffe in bzw. Inanspruchnahmen von Gehölzbeständen im Plangebiet sowie im Umfeld des Plangebietes sind zu vermeiden bzw. zu minimieren.

Dies gilt insbesondere für den Gehölzstreifen entlang des Grabens im Norden des Plangebietes. Hier sollte darauf geachtet werden, dass dieser Bereich nur soweit für die Zufahrtsstraße notwendig in Anspruch genommen wird, um den Verlust von Brutplätzen der dort reproduzierenden Vogelarten möglichst gering zu halten.

Generell sollten baubedingte Flächeninanspruchnahmen (z.B. Baufeldfreimachung, Anlage und Nutzung von Lagerflächen, von Stellflächen für Baumaschinen), die über das Plangebiet hinausgehen, vermieden oder auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.

V2 Zeitliche Beschränkung der Eingriffe in bzw. Inanspruchnahme von Vegetationsflächen und ggf. weitere Maßnahmen zur Vermeidung einer Gefährdung von Vogelbruten

Die Freimachung des Baufeldes und weitere Eingriffe in bzw. Inanspruchnahmen von Vegetationsflächen und -strukturen (Gehölze und Brach- bzw. Saumvegetation) im Zusammenhang mit dem Vorhaben sind außerhalb der Brutzeit wildlebender Vogelarten durchzuführen. Die betroffenen Gehölze und Vegetationsflächen sollten im Winter vor Baubeginn im Zeitraum Anfang Oktober bis Ende Februar gefällt, gerodet und geräumt werden.

Sollte eine Flächeninanspruchnahme innerhalb der Brutzeit wildlebender Vogelarten stattfinden müssen, wäre eine ökologische Baubegleitung einzurichten, die durch Kontrollen auf aktuell bebrütete Nester sicherstellt, dass Brutvorkommen rechtzeitig identifiziert und geschützt werden können.

Durch diese Maßnahmen wird vermieden, dass der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (unmittelbare Gefährdung von Individuen oder Entwicklungsstadien wildlebender Vogelarten) eintritt, zudem werden Störwirkungen gemindert.

6.2 Funktionserhaltende Maßnahmen (CEF-Maßnahmen)

Aufgrund der Inanspruchnahme von essentiellen Teillebensräumen einiger im Untersuchungsraum vorkommender planungsrelevanter Vogelarten werden vorgezogen durchzuführende funktionserhaltende Maßnahmen (CEF-Maßnahmen) notwendig. Entsprechende Maßnahmen sind für Bluthänfling und Steinkauz durchzuführen, da durch die Zerstörung oder Beeinträchtigung für sie essentiell bedeutender Teillebensräume (Nahrungsräume) und aufgrund der unmittelbaren Nähe zu den Brutplätzen davon auszugehen ist, dass ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten (Bluthänfling, Steinkauz) aufgegeben werden.

Dem entsprechend sind die folgenden zum Funktionserhalt geeigneten Maßnahmen zu berücksichtigen:

M1 Anlage eines Streuobstbestandes mit kleinen Hecken- und Gebüschstrukturen als Nahrungsraum und Bruthabitat von Steinkauz und Bluthänfling

Grünlandbestände mit Streuobst oder Kopfbäumen sind bevorzugte **Steinkauz**-Habitate. Auch der vorhabenbedingt betroffene Steinkauz-Brutplatz liegt zwischen teils beweideten Grünländern und angrenzenden Ackerflächen. Eine geeignete Ausgleichsfläche muss ebenfalls beweidetes oder durch regelmäßige Mahd dauerhaft kurzrasiges Grünland und ausreichend Sitzwarten aufweisen, um als Nahrungsraum geeignet zu sein. Zudem müssen Brutmöglichkeiten für die höhlenbrütende Art geschaffen werden.

Im Rahmen der Maßnahme M1 ist deshalb vorgesehen, auf einer etwa 4,1 ha großen Fläche in der Feldflur zwischen Zülpich und Juntersdorf (Gemarkung Hofen-Floren, Flur 4, Flurstücke 8 und 9) einen Streuobstbestand auf kurzrasigem Grünland anzulegen, der durch Beweidung oder regelmäßige Mahd dauerhaft kurz gehalten wird (Mahd in der Vegetationsperiode mindestens im Turnus von 30 Tagen) und somit auch dauerhaft als Nahrungsraum für den Steinkauz geeignet ist. Durch Installation künstlicher Nisthilfen in den zu pflanzenden Bäumen kann auch eine Funktion als Brutplatz erreicht werden. Indem auch an der Grenze der Fläche Obstbäume gepflanzt werden oder andere Ansitzmöglichkeiten für jagende Steinkäuze geschaffen werden, kann auch das nähere Umfeld der umliegenden Ackerflächen als Nahrungsraum genutzt werden. Dadurch erhöht sich die für den Steinkauz zur Jagd nutzbare

Fläche auf etwa 5-6 ha, so dass eine Eignung für ein Revierpaar gewährleistet ist (vgl. MKULNV 2013).

Da auch der **Bluthänfling** Ackerflächen und Grünland als Nahrungsraum nutzt, kann die Ausgleichsfläche auch dieser Art als Nahrungsraum dienen. Es ist davon auszugehen, dass die 4,1 ha große Fläche in Zusammenhang mit den umliegenden Ackerflächen für das eine betroffene Revierpaar mehr als ausreichend ist. Damit der Bluthänfling die Ausgleichsfläche auch zur Brut nutzen kann, sind auf der Ausgleichsfläche aber neben den Obstbäumen auch kleinere Heckenstreifen, Gebüschstrukturen oder einzelne Büsche zu pflanzen, die typische Neststandorte des Bluthänflings darstellen. Um die Eignung solcher Strukturen als Brutplatz bereits kurzfristig zu erzielen, könnten in diesen Hecken- und Gebüschstrukturen einzelne Koniferen eingebracht werden, die aufgrund des optischen Schutzes gerne von der Art als Brutplatz genutzt werden. Sobald die Sträucher und Büsche aufgewachsen sind und eine als Brutplatz ausreichende Deckung aufweisen, könnten die Koniferen dann wieder entnommen werden. Da der Bluthänfling auch einzelne Büsche und schmale Hecken als Brutplatz nutzt, muss nur ein sehr geringer Teil der Ausgleichsfläche durch die für ihn erforderlichen Pflanzungen genutzt werden. Es ist davon auszugehen, dass eine Gesamtfläche von max. 0,1 ha ausreicht, die mit den entsprechenden Gehölzen bepflanzt wird. Gleichzeitig dienen die Büsche und Heckenstrukturen auch als Anisitzmöglichkeiten für den Steinkauz.

Die folgende **Abbildung 14** zeigt die Lage der geplanten Ausgleichsfläche für den Steinkauz und den Bluthänfling im weiteren westlichen Umfeld des Vorhabensbereichs sowie die Entfernung zum Vorhabensbereich, die für die Erreichbarkeit der Fläche durch die betroffenen Revierpaare entscheidend ist. Diese liegt in einer Entfernung von 1.580 m zum Brutplatz des Bluthänflings und etwa 1.460 m vom Brutplatz des Steinkauzes entfernt, so dass sie für die betroffenen Individuen gut erreicht werden kann. Auch das MKULNV weist darauf hin, dass für den Steinkauz die Maßnahmenflächen „idealerweise“ innerhalb einer Entfernung von 2 km liegen (MKULNV 2013).

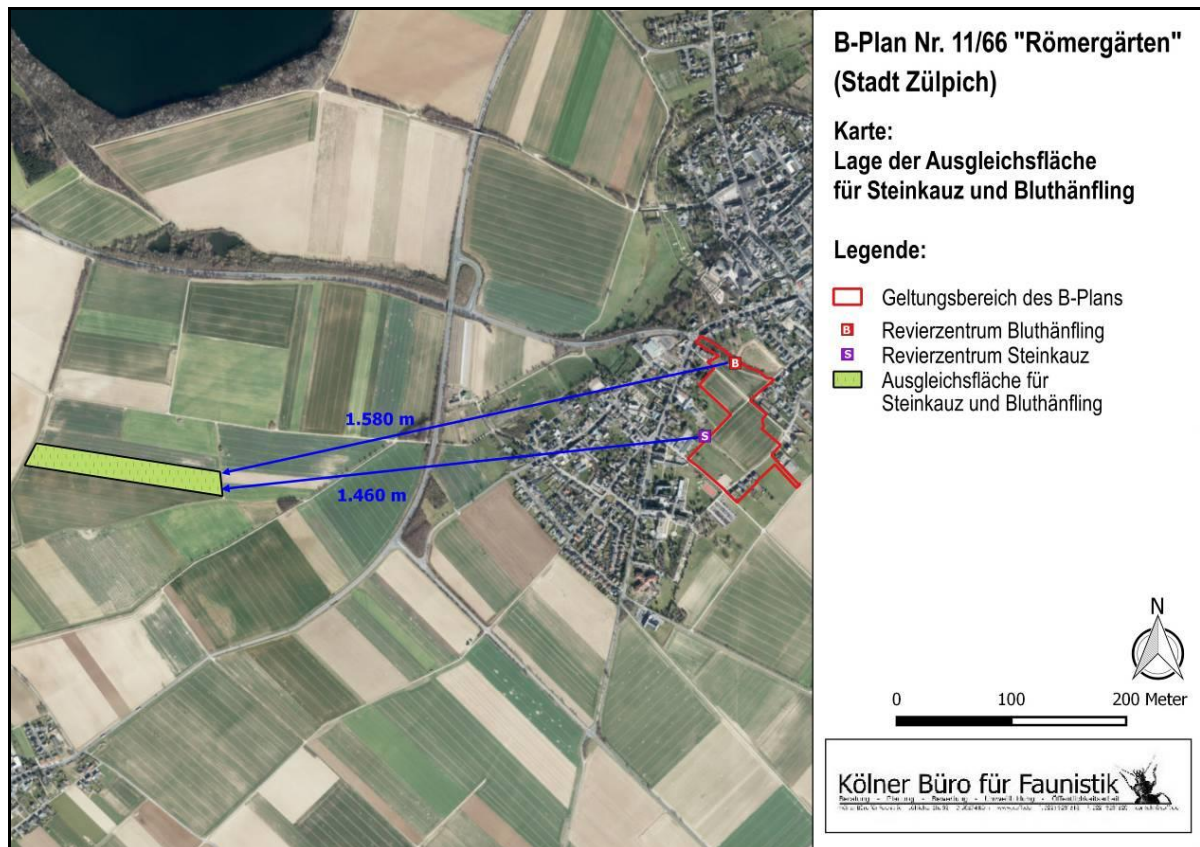


Abbildung 14: Lage der Ausgleichsfläche zur Durchführung funktionserhaltender Maßnahmen für Steinkauz und Bluthänfling im weiteren westlichen Umfeld des Geltungsbereichs.

Um eine dauerhafte Eignung der Maßnahmenfläche für Steinkauz und Bluthänfling zu gewährleisten, sollten die Flächenanlage sowie die ersten Pflegeetermine unter Beaufsichtigung durch einen Fachmann (Biologe, Ornithologe) erfolgen. Auch die Installation der mind. 3 künstlichen Niströhren für den Steinkauz sollte unter Anleitung eines Fachmanns durchgeführt werden. Die Fläche ist zudem alljährlich vor dem Beginn der Brutzeit von Steinkauz und Bluthänfling auf ihre Funktionalität zu überprüfen. Bei der Anlage und Pflege der Maßnahmenfläche sind die Vorgaben zur Flächenentwicklung und Anbringung künstlicher Nisthilfen für den Steinkauz gemäß des Leitfadens „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ für die Berücksichtigung artenschutzrechtlich erforderlicher Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen (MKULNV 2013) zu berücksichtigen.

6.3 Mögliche Betroffenheiten prüfrelevanter Arten und Bewertung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Im Folgenden wird geprüft, ob die für den Betrachtungsraum nachgewiesenen geschützten Tierarten von Beeinträchtigungen durch das geplanten Vorhaben betroffen sein könnten und ob diese Beeinträchtigungen zur Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des

§ 44 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 44 Abs. 5 BNatSchG führen könnten. Dabei werden die in Kapitel 6.1 benannten Vermeidungsmaßnahmen berücksichtigt.

6.3.1 Europäische Vogelarten

Nicht-planungsrelevante Vogelarten

Für die im Betrachtungsraum vorkommenden nicht-planungsrelevanten Vogelarten kann ein Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände von vornherein ausgeschlossen werden, wenn Maßnahmen zur Vermeidung eingriffsbedingter Gefährdungen von Individuen und Entwicklungsstadien vorgesehen werden (V2: Ausschlusszeit für Eingriffe in Vegetationsflächen, siehe 6.1). Mit diesen Maßnahmen können Tötungen im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG vermieden werden.

Erhebliche Störungen der Lokalpopulationen im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG sind für die nicht-planungsrelevanten Arten ausgeschlossen. Vorhabenbedingte Störwirkungen sind zwar für einige Arten dieser Gruppe auf individueller Ebene (d.h. für einzelne als Brutvögel oder Gastvögel auftretende Individuen) denkbar. Die Störwirkungen betreffen allerdings nur sehr geringe Anteile der jeweiligen Verbreitungsräume der Lokalpopulationen. Aufgrund der weiten Verbreitung und geringen Spezialisierung dieser Arten sowie angesichts des günstigen Erhaltungszustandes der jeweiligen Lokalpopulationen wird sich als Folge dieser Störung der Erhaltungszustand der Lokalpopulationen nicht verschlechtern.

Eine Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- / Ruhestätten im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG mit Auswirkungen auf die ökologische Funktion tritt ebenfalls nicht ein. Vorhabenbedingte Inanspruchnahmen oder Funktionsverluste von Brutstätten werden minimiert oder vermieden, so dass sie nur in (nicht vermeidbaren) wenigen Fällen eintreten werden. Aufgrund vorhandener Ausweichmöglichkeiten ist aber ohnehin von einem Erhalt der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang auszugehen (vgl. MKUNLV 2016).

Planungsrelevante Vogelarten

Die im Untersuchungsraum auftretenden planungsrelevanten Vogelarten können in Brutvögel, Nahrungsgäste und Arten, die den Untersuchungsraum lediglich überflogen, unterschieden werden (siehe Kapitel 5.1).

Für die **Überflieger** Graureiher und Kormoran kann das Eintreten der artenschutzrechtlichen Tötungs- und Schädigungstatbestände (§ 44 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 BNatSchG) von vornherein ausgeschlossen werden, da keine Eingriffe in Brutplätze dieser planungsrelevanten Arten erfolgen und die geplante Bebauung auch nicht mit sonstigen Gefährdungen von Entwicklungsstadien oder Individuen einhergeht. Zudem wirkt sich das Vorhaben nicht auf Nahrungsräume oder andere Teillebensräume der Arten aus. Auch Störungen der Arten (§ 44

Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) sind auszuschließen, da sie im Untersuchungsraum keine essentiell bedeutenden Teillebensräume besitzen.

Feldlerche, Mäusebussard, Turmfalke, Uhu und Waldohreule sind **Nahrungsgäste** bzw. potenzielle Nahrungsgäste (Uhu) im Untersuchungsraum und teils auch im Vorhabensbereich. Aufgrund der im Verhältnis zum großen Aktionsraum der Arten geringen Flächeninanspruchnahme kann für die Arten aber ausgeschlossen werden, dass der Vorhabensbereich für sie einen essentiellen Nahrungsraum darstellt und dadurch indirekt Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschädigt werden könnten. Da sie im Untersuchungsraum nicht brüten, sind für die Nahrungsgäste somit die Zerstörung oder Schädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) sowie erhebliche Störungen, die sich auf ihre lokalen Populationen auswirken würden (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG), auszuschließen. Ebenso sind keine unmittelbaren Gefährdungen abzusehen, so dass auch keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eintreten.

Auch die **Mehlschwalbe** ist ein Nahrungsgast, nutzt den Vorhabensbereich aber auch, um Nistmaterial zu sammeln. Der Abreitzplatz, auf dem das Sammeln von Matsch bzw. Lehm zum Nestbau im Jahr 2016 beobachtet wurde, stellt aber keinen essentiellen bedeutenden Bereich für den Nestbau dar. Im Jahr 2018 war der Platz vollständig trocken und es erfolgte keine Nutzung durch Mehlschwalben. Dennoch brüteten die Tiere im weiteren Umfeld, so dass davon auszugehen ist, dass sie an anderen Standorten Nistmaterial sammeln konnten. Da vorhabenbedingt auch keine Niststätten unmittelbar in Anspruch genommen werden, ist für die Mehlschwalbe eine Zerstörung oder Schädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) auszuschließen. Auch sind keine unmittelbaren Gefährdungen abzusehen, so dass auch keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eintreten. Wegen der hohen Störungstoleranz der Art sind auch erhebliche Störungen (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) auszuschließen.










Unter den **Brutvögeln** konnten Fortpflanzungs- und Ruhestätten von **Feldsperling**, **Girlitz** und **Rauchschwalbe** nur im Umfeld des Vorhabensbereichs nachgewiesen werden. Aufgrund ihres Aktionsraums und da der Vorhabensbereich keine potenziell besonders wertgebenden Strukturen aufweist, ist auszuschließen, dass er für die Arten ein essentiell bedeutendes Nahrungshabitat darstellt. Deshalb und da keine Brutplätze unmittelbar in Anspruch genommen werden treten keine Schädigungsverbote nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ein. Wegen der hohen Störungstoleranz der Arten und ihrer guten Flugfähigkeit sind in Verbindung mit der geringen Geschwindigkeit der Baufahrzeuge und der Fahrzeuge der späteren Bewohner auch keine erheblichen Störungen oder unmittelbaren Gefährdungen absehbar. Gleiches gilt für den **Star**, der zwar innerhalb des Vorhabensbereichs brütet, allerdings in

einem bereits errichteten Gebäude. Auch für ihn sind deshalb keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände abzusehen.

Bluthänfling und **Steinkauz** sind die einzigen planungsrelevanten Vogelarten, für die es im Rahmen der Umsetzung des Bebauungsplans zu einem Verlust ihrer festgestellten Fortpflanzungs- und Ruhestätten kommen könnte. Um dies zu verhindern und die Funktion der Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang zu erhalten, wird im Rahmen der Maßnahme M1 ein funktionaler Ausgleich geschaffen. Durch die CEF-Maßnahme kommt es in Verbindung mit § 44 Abs. 5 Nr. 3 BNatSchG nicht zu einem artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Eine erhebliche Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) ist ebenso nicht zu erkennen bzw. diese wird von dem Verlust der festgestellten Fortpflanzungs- und Ruhestätten überlagert. Zu einer Störung weiterer nahrungssuchender, rastender oder im Umfeld brütender Individuen führt das Vorhaben ebenfalls nicht, so dass populationsrelevante Störwirkungen von Bluthänfling und Steinkauz ausgeschlossen werden können. Unmittelbare Gefährdungen sind auch nicht absehbar, da der Steinkauz nicht im Vorhabensbereich brütet und eine Gefährdung der Bruten des Bluthänflings aufgrund von Maßnahme V2 auszuschließen sind. Beide Arten sind gut flugfähig, so dass auch keine Kollisionen mit Baufahrzeugen oder den Fahrzeugen der späteren Bewohner des Baugebietes zu befürchten sind. Somit werden durch die Umsetzung des Vorhabens auch keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ausgelöst.

Zusammenfassend kann hier dargestellt werden, dass das Vorhaben für keine der planungsrelevanten Vogelarten zum Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG führt. Für den im Vorhabensbereich brütenden Bluthänfling ist aber die Berücksichtigung der Vermeidungs- und Minderungsmaßnahme V2 von Bedeutung, um eine Betroffenheit ausschließen zu können.

Sowohl für den Bluthänfling als auch den Steinkauz ist die in Kapitel 6.2 beschriebene funktionserhaltende Ausgleichsmaßnahme M1 vorgezogen zur Umsetzung des Bebauungsplans durchzuführen, um ihre Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang zu erhalten und eine artenschutzrechtliche Betroffenheit auszuschließen. Für diese beiden Arten wird die Prüfung der vorhabenbezogenen Betroffenheiten deshalb noch einmal detailliert in einer Art-für-Art-Betrachtung dargestellt. Dazu werden die Formblätter zur Artenschutzprüfung nach MKULNV (2016) herangezogen.

Angaben zur Artenschutzprüfung für einzelne Arten																		
Durch Plan / Vorhaben betroffene Art		Bluthänfling (<i>Carduelis cannabina</i>)																
Angaben zur Biologie: <p>Als typische Vogelart der ländlichen Gebiete bevorzugt der Bluthänfling offene mit Hecken, Sträuchern oder jungen Koniferen bewachsene Flächen und einer samen tragenden Krautschicht. In NRW sind dies z.B. heckenreiche Agrarlandschaften, Heide-, Ödland- und Ruderalflächen. Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aber hat sich die Präferenz auch in die Richtung urbaner Lebensräume, wie Gärten, Parkanlagen und Friedhöfe verschoben. Hier ist die vornehmlich vegetabilische Nahrung des Bluthänflings in Form von Sämereien in ausreichender Zahl vorhanden. Der bevorzugte Neststandort befindet sich in dichten Büschen und Hecken. Das Brutgeschäft im Rahmen einer gewöhnlich monogamen Saisonhe beginnt frühestens ab Anfang April, Hauptzeit ist die erste bzw. zweite Maihälfte, das letzte Gelege wird in der ersten Augustdekade begonnen (BAUER et al. 2005b, LANUV 2016).</p> <p>Das nahezu flächendeckende Verbreitungsgebiet des Bluthänflings in NRW zeigt unterschiedliche, aber nicht mit der Höhenlage korrelierende Siedlungsdichten. Da geschlossene Waldgebiete gemieden werden, sind die meisten Mittelgebirgsregionen mit Ausnahme der Eifel spärlicher besiedelt. Hohe Bestände treten lokal an verschiedenen Stellen auf, die meisten Bluthänflinge kommen aber in einem breiten Streifen von der Hellwegbörde bis ins Ravensberger Hügelland und das Wiehengebirge vor. Der Gesamtbestand wird durch das LANUV (2016) auf 11000 bis 20000 Reviere geschätzt (Stand 2014). Er ist in der aktuellen Roten Liste für NRW als gefährdet eingestuft, in der Großlandschaft Niederrheinische Bucht sogar als stark gefährdet (GRÜNEBERG et al. 2016). Für Deutschland wird er ebenfalls als gefährdet geführt (GRÜNEBERG et al. 2015).</p>																		
Vorkommen und Verbreitung im Untersuchungsgebiet: <p>Im Rahmen der faunistischen Erhebungen (2016) wurde ein Revierzentrum im nördlichen Untersuchungsraum nachgewiesen. Der Bluthänfling nutzt Grünland- und Ackerflächen im Vorhabensbereich zudem als Nahrungsgast.</p>																		
Schutz- und Gefährdungsstatus der Art																		
<table border="1"> <tr> <td></td> <td>FFH-Anhang IV – Art</td> </tr> <tr> <td>■</td> <td>europäische Vogelart</td> </tr> </table>		FFH-Anhang IV – Art	■	europäische Vogelart	Rote Liste-Status Deutschland <table border="1"><tr><td>3</td></tr></table> Nordrhein-Westfalen <table border="1"><tr><td>3</td></tr></table>	3	3	Messtischblatt <table border="1"><tr><td>5305 Züllich</td></tr></table>		5305 Züllich								
	FFH-Anhang IV – Art																	
■	europäische Vogelart																	
3																		
3																		
5305 Züllich																		
Erhaltungszustand in Nordrhein-Westfalen atlantische Region: unbekannt <table border="1"> <tr> <td></td> <td>grün</td> <td>Günstig</td> </tr> <tr> <td></td> <td>gelb</td> <td>ungünstig / unzureichend</td> </tr> <tr> <td></td> <td>rot</td> <td>ungünstig / schlecht</td> </tr> </table>			grün	Günstig		gelb	ungünstig / unzureichend		rot	ungünstig / schlecht	Erhaltungszustand der lokalen Population (Angabe nur erforderlich bei evtl. erheblicher Störung (II.3 Nr. 2) oder voraussichtlichem Ausnahmeverfahren (III)) <table border="1"> <tr> <td>A</td> <td>günstig / hervorragend</td> </tr> <tr> <td>B</td> <td>günstig / gut</td> </tr> <tr> <td>C</td> <td>ungünstig / mittel - schlecht</td> </tr> </table>		A	günstig / hervorragend	B	günstig / gut	C	ungünstig / mittel - schlecht
	grün	Günstig																
	gelb	ungünstig / unzureichend																
	rot	ungünstig / schlecht																
A	günstig / hervorragend																	
B	günstig / gut																	
C	ungünstig / mittel - schlecht																	
Arbeitsschritt II.1: Ermittlung und Darstellung der Betroffenheit der Art (ohne die unter II.2 beschriebenen Maßnahmen)																		
Bei Umsetzung des Planvorhabens ist mit einem vollständigen Verlust eines Reviers des Bluthänflings zu rechnen.																		
Arbeitsschritt II.2: Einbeziehen von Vermeidungsmaßnahmen und des Risikomanagements																		
Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen: <p>Es kommt aufgrund der Inanspruchnahme von Gehölzlebensraum und Nahrungsräumen (Grünland, Ackerflächen) zum Verlust eines Reviers bei Umsetzung der Planung. Dies kann nicht durch Maßnahmen am Revierstandort vermieden werden.</p> <p>Um eine unmittelbare Gefährdung des Bluthänflings bzw. der im Vorhabensbereich brütenden Individuen zu vermeiden, wird folgende Maßnahme notwendig:</p> <p><u>V2 Zeitliche Beschränkung der Eingriffe in bzw. Inanspruchnahme von Vegetationsflächen und ggf. weitere Maßnahmen zur Vermeidung einer Gefährdung von Vogelbruten:</u> Die Freimachung des Baufeldes und weitere Eingriffe in bzw. Inanspruchnahmen von Vegetationsflächen und -strukturen (Gehölze und Brach- bzw. Saumvegetation) im Zusammenhang mit dem Vorhaben sind außerhalb der Brutzeit wildlebender Vogelarten durchzuführen. Die betroffenen Gehölze und Vegetationsflächen sollten im Winter vor Baubeginn im Zeitraum Anfang Oktober bis Ende Februar gefällt, gerodet und geräumt werden. Sollte eine Flächeninanspruchnahme innerhalb der Brutzeit wildlebender Vogelarten stattfinden müssen, wäre eine ökologische Baubegleitung einzurichten, die durch Kontrollen auf aktuell bebrütete Nester sicherstellt, dass Brutvorkommen rechtzeitig identifiziert und geschützt werden können.</p>																		

Arbeitsschritt II.2: Einbeziehen von Vermeidungsmaßnahmen und des Risikomanagements**Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen (Fortsetzung):**

Durch diese Maßnahmen wird vermieden, dass der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (unmittelbare Gefährdung von Individuen oder Entwicklungsstadien wildlebender Vogelarten) eintritt, zudem werden Störwirkungen gemindert.

Funktionserhaltende Maßnahmen:

Zum Erhalt der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang wird die Maßnahme M1 durchgeführt:

M1 Entwicklung eines (neuen) Streuobstbestands: Anlage eines Streuobstbestandes mit kleinen Hecken- und Gebüschstrukturen als Nahrungsraum und Bruthabitat von Steinkauz und Bluthänfling: Im Rahmen der Maßnahme M1 ist vorgesehen, auf einer etwa 4,1 ha großen Fläche in der Feldflur zwischen Züllich und Juntersdorf (Gemarkung Hofen-Floren, Flur 4, Flurstücke 8 und 9) einen Streuobstbestand auf kurzrasigem Grünland anzulegen, der durch Beweidung oder regelmäßige Mahd dauerhaft kurz gehalten wird (Mahd in der Vegetationsperiode mindestens im Turnus von 30 Tagen) und somit auch dauerhaft als Nahrungsraum geeignet ist. Da der Bluthänfling Ackerflächen und Grünland als Nahrungsraum nutzt, kann die Ausgleichsfläche der Art als Nahrungsraum dienen. Es ist davon auszugehen, dass die 4,1 ha große Fläche in Zusammenhang mit den umliegenden Ackerflächen für das eine betroffene Revierpaar mehr als ausreichend ist. Damit der Bluthänfling die Ausgleichsfläche auch zur Brut nutzen kann, sind auf der Ausgleichsfläche aber neben den Obstbäumen auch kleinere Heckenstreifen, Gebüschstrukturen oder einzelne Büsche zu pflanzen, die typische Neststandorte des Bluthänflings darstellen. Um die Eignung solcher Strukturen als Brutplatz bereits kurzfristig zu erzielen, könnten in diesen Hecken- und Gebüschstrukturen einzelne Koniferen eingebracht werden, die aufgrund des optischen Schutzes gerne von der Art als Brutplatz genutzt werden. Sobald die Sträucher und Büsche aufgewachsen sind und eine als Brutplatz ausreichende Deckung aufweisen, könnten die Koniferen dann wieder entnommen werden. Da der Bluthänfling auch einzelne Büsche und schmale Hecken als Brutplatz nutzt, muss nur ein sehr geringer Teil der Ausgleichsfläche durch die für ihn erforderlichen Pflanzungen genutzt werden. Es ist davon auszugehen, dass eine Gesamtfläche von max. 0,1 ha ausreicht, die mit den entsprechenden Gehölzen bepflanzt wird. Die Fläche liegt in einer Entfernung von 1.580 m zum Brutplatz des Bluthänflings, so dass sie von den betroffenen Individuen gut erreicht werden kann. Um eine dauerhafte Eignung der Maßnahmenfläche für den Bluthänfling zu gewährleisten, sollten die Flächenanlage sowie die ersten Pflegetermine unter Beaufsichtigung durch einen Fachmann (Biologe, Ornithologe) erfolgen. Die Fläche ist zudem alljährlich vor dem Beginn der Brutzeit von Steinkauz und Bluthänfling auf ihre Funktionalität zu überprüfen.

Wissenslücken, Prognoseunsicherheiten und Maßnahmen des Risikomanagements:

Die Lebensraumsprüche des Bluthänflings sind bekannt. Es wird eine Funktionskontrolle der für die Art wirksamen Strukturen durchgeführt. Es ist kein weitergehendes Risikomanagement notwendig.

Arbeitsschritt II.3: Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände**§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Verletzung, Fang oder Tötung von Individuen und ihren Entwicklungsstadien):**

Der festgestellte Brutplatz befindet sich innerhalb des Plangebiets. Eine Gefährdung von Eiern oder Jungtieren als Folge der Erschließung und Entwicklung des Plangebiets kann aber aufgrund der vorgegebenen Maßnahme V2 ausgeschlossen werden. Ein Eintreten des Verbotstatbestands der § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist nicht abzusehen.

§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Erhebliche Störung mit Auswirkungen auf die Lokalpopulation):

Die Inanspruchnahme von essentiellen Nahrungsflächen des Bluthänflings durch die Entwicklung eines Baugebiets in unmittelbarer Nachbarschaft zum Revierzentrum führt zu einem fortschreitenden Rückgang des Lebensraumangebots (Nahrungsflächen). Dieser Rückgang von Nahrungsräumen sowie die Inanspruchnahme von Gehölzbeständen, in denen die Art brütet, führt zum Verlust des Brutplatzes und damit zur Einschlägigkeit des Verbotstatbestands des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Die durch vorhabenbedingte Störwirkungen potenziell ausgelöste Störung der Art wird von diesem Effekt überlagert. Weitere nahrungssuchende, rastende oder im Umfeld brütende Individuen werden vorhabenbedingt nicht gestört, so dass populationswirksame Effekte nicht absehbar sind. Eine erhebliche Störung tritt deshalb für den Bluthänfling nicht ein.

§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörung oder Beschädigung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten):

Vorhabenbedingt wird 1 Revier des Bluthänflings beansprucht. Der Verbotstatbestand ist deshalb nicht auszuschließen.

§ 44 Abs. 5 Nr. 3 BNatSchG, Stellungnahme zur Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang:

Die Lebensraumfunktionen des in Anspruch genommenen Reviers können durch die funktionserhaltende Maßnahme M1 aufrechterhalten werden. Die Maßnahmenfläche liegt innerhalb des Aktionsraums der Art und somit im räumlichen Zusammenhang zum beanspruchten Revier. Die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang bleibt deshalb gewahrt. Die Vorgaben des § 44 Abs. 5 Nr. 3 BNatSchG sind erfüllt.

1. Werden evtl. Tiere verletzt oder getötet? (außer bei unabwendbaren Verletzungen oder Tötungen, bei einem nicht signifikant erhöhtem Tötungsrisiko oder infolge von Nr. 3)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
2. Werden evtl. Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten so gestört, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtern könnte?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
3. Werden evtl. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt, oder zerstört, ohne dass deren ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
4. Werden evtl. wild lebende Pflanzen oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur Entnommen, sie oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört, ohne dass deren Ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Arbeitsschritt III: Beurteilung der Ausnahmevoraussetzungen (wenn mindestens eine der unter II.3 genannten Fragen mit „ja“ beantwortet wurde)		
1. Ist das Vorhaben aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
2. Können zumutbare Alternativen ausgeschlossen werden?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
3. Wird der Erhaltungszustand der Populationen sich bei europäischen Vogelarten nicht verschlechtern bzw. bei Anhang IV – Arten günstig bleiben?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Eine Ausnahmeprüfung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist <u>nicht notwendig</u> .		

Angaben zur Artenschutzprüfung für einzelne Arten																					
Durch Plan / Vorhaben betroffene Art		Steinkauz (<i>Athene noctua</i>)																			
Angaben zur Biologie: <p>Steinkäuze besiedeln offene und grünlandreiche Kulturlandschaften mit einem guten Höhlenangebot. Als Jagdgebiete werden kurzrasige Viehweiden sowie Streuobstgärten bevorzugt. Für die Bodenjagd ist eine niedrige Vegetation mit ausreichendem Nahrungsangebot von entscheidender Bedeutung. Ein Brutrevier kann eine Größe zwischen 5-50 ha erreichen. Als Brutplatz nutzen die ausgesprochen reviertreuen Tiere Baumhöhlen (v. a. in Obstbäumen, Kopfweiden) sowie Höhlen und Nischen in Gebäuden, z. B. Viehställe. Gerne werden auch Nistkästen angenommen. Neben einer Herbstbalz findet die Hauptbalz im Februar/März statt. Die Brutzeit beginnt Mitte April, bis Ende Juni werden die Jungen flügge. Nach 2-3 Monaten sind die jungen Steinkäuze selbständig und wandern ab. Sie siedeln sich meist in naher Entfernung zum Geburtsort an (in der Regel bis 10 km), Einzelvögel streuen auch weiter (BAUER et al. 2005a, GRÜNEBERG et al. 2016, MKULNV 2016).</p> <p>Der Steinkauz ist in Nordrhein-Westfalen vor allem im Tiefland nahezu flächendeckend verbreitet. Regionale Dichtezentren liegen im Bereich des Niederrheinischen Tieflandes sowie im Münsterland. Da der Steinkauz in Nordrhein-Westfalen einen mitteleuropäischen Verbreitungsschwerpunkt bildet, kommt dem Land eine besondere Verantwortung für den Schutz der Art zu. Der Gesamtbestand wird durch die LANUV (2016) auf 5.000 Brutpaare geschätzt. Er ist in der aktuellen Roten Liste für NRW als gefährdet und von Schutzmaßnahmen abhängig eingestuft, für die Großlandschaft Niederrheinische Bucht wird die Art als vom Aussterben bedroht geführt (GRÜNEBERG et al. 2016). Für Deutschland wird er ebenfalls als gefährdet geführt (GRÜNEBERG et al. 2015).</p>																					
Vorkommen und Verbreitung im Untersuchungsgebiet: <p>Im Rahmen der faunistischen Erhebungen (2016) wurde ein Steinkauzrevier im Untersuchungsgebiet nachgewiesen. Der Brutplatz und ein Tageseinstand des Männchens befinden sich unmittelbar angrenzend an das Plangebiet.</p>																					
Schutz- und Gefährdungsstatus der Art																					
<table border="1"> <tr> <td></td> <td></td> <td>FFH-Anhang IV – Art</td> </tr> <tr> <td>■</td> <td></td> <td>europäische Vogelart</td> </tr> </table>			FFH-Anhang IV – Art	■		europäische Vogelart	Rote Liste-Status Deutschland 3 Nordrhein-Westfalen 3 S	Messtischblatt 5305 Zülpich													
		FFH-Anhang IV – Art																			
■		europäische Vogelart																			
Erhaltungszustand in Nordrhein-Westfalen atlantische Region <table border="1"> <tr> <td>■</td> <td>grün</td> <td>Günstig (abnehmend)</td> </tr> <tr> <td></td> <td>gelb</td> <td>ungünstig / unzureichend</td> </tr> <tr> <td></td> <td>rot</td> <td>ungünstig / schlecht</td> </tr> </table>		■	grün	Günstig (abnehmend)		gelb	ungünstig / unzureichend		rot	ungünstig / schlecht	Erhaltungszustand der lokalen Population (Angabe nur erforderlich bei evtl. erheblicher Störung (II.3 Nr. 2) oder voraussichtlichem Ausnahmeverfahren (III)) <table border="1"> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>günstig / hervorragend</td> </tr> <tr> <td></td> <td>B</td> <td>günstig / gut</td> </tr> <tr> <td></td> <td>C</td> <td>ungünstig / mittel - schlecht</td> </tr> </table>			A	günstig / hervorragend		B	günstig / gut		C	ungünstig / mittel - schlecht
■	grün	Günstig (abnehmend)																			
	gelb	ungünstig / unzureichend																			
	rot	ungünstig / schlecht																			
	A	günstig / hervorragend																			
	B	günstig / gut																			
	C	ungünstig / mittel - schlecht																			
Arbeitsschritt II.1: Ermittlung und Darstellung der Betroffenheit der Art (ohne die unter II.2 beschriebenen Maßnahmen)																					
Bei Umsetzung des Planvorhabens ist mit einem vollständigen Verlust des Reviers des Steinkauzes zu rechnen.																					
Arbeitsschritt II.2: Einbeziehen von Vermeidungsmaßnahmen und des Risikomanagements																					
Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen: <p>Es kommt aufgrund der Inanspruchnahme von Nahrungsräumen bei Umsetzung der Planung sowie aufgrund der zu erwartenden Störwirkungen zum Verlust eines Reviers des Steinkauzes. Dies kann nicht durch Maßnahmen am Revierstandort vermieden werden.</p>																					

Arbeitsschritt II.2: Einbeziehen von Vermeidungsmaßnahmen und des Risikomanagements**Funktionserhaltende Maßnahmen:**

Zum Erhalt der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang wird die Maßnahme M1 durchgeführt:

M1 Entwicklung eines (neuen) Streuobstbestands: Anlage eines Streuobstbestandes mit kleinen Hecken- und Gebüschstrukturen als Nahrungsraum und Bruthabitat von Steinkauz und Bluthänfling: Grünlandbestände mit Streuobst oder Kopf-bäumen sind bevorzugte Steinkauz-Habitate. Auch der vorhabenbedingt betroffene Steinkauz-Brutplatz liegt zwischen teils beweideten Grünländern und angrenzenden Ackerflächen. Eine geeignete Ausgleichsfläche muss ebenfalls beweidetes oder durch regelmäßige Mahd dauerhaft kurzrasiges Grünland und ausreichend Sitzwarten aufweisen, um als Nahrungsraum geeignet zu sein. Zudem müssen Brutmöglichkeiten für die höhlenbrütende Art geschaffen werden.

Im Rahmen der Maßnahme M1 ist deshalb vorgesehen, auf einer etwa 4,1 ha großen Fläche in der Feldflur zwischen Zülpich und Juntersdorf (Gemarkung Hofen-Floren, Flur 4, Flurstücke 8 und 9) einen Streuobstbestand auf kurzrasigem Grünland anzulegen, der durch Beweidung oder regelmäßige Mahd dauerhaft kurz gehalten wird (Mahd in der Vegetationsperiode mindestens im Turnus von 30 Tagen) und somit auch dauerhaft als Nahrungsraum für den Steinkauz geeignet ist. Durch Installation künstlicher Nisthilfen in den zu pflanzenden Bäumen kann auch eine Funktion als Brutplatz erreicht werden. Indem auch an der Grenze der Fläche Obstbäume gepflanzt werden oder andere Ansitzmöglichkeiten für jagende Steinkäuze geschaffen werden, kann auch das nähere Umfeld der umliegenden Ackerflächen als Nahrungsraum genutzt werden. Dadurch erhöht sich die für den Steinkauz zur Jagd nutzbare Fläche auf etwa 5-6 ha, so dass eine Eignung für ein Revierpaar gewährleistet ist (vgl. MKULNV 2013).

Die Ausgleichsfläche liegt in einer Entfernung von etwa 1.460 m zum Brutplatz des Steinkauzes, so dass sie von den betroffenen Individuen gut erreicht werden kann. Auch das MKULNV weist darauf hin, dass für den Steinkauz die Maßnahmenflächen „idealerweise“ innerhalb einer Entfernung von 2 km liegen (MKULNV 2013).

Wissenslücken, Prognoseunsicherheiten und Maßnahmen des Risikomanagements:

Die Lebensraumansprüche des Steinkauzes sind bekannt. Es wird eine Funktionskontrolle der für die Art wirksamen Strukturen durchgeführt. Es ist kein weitergehendes Risikomanagement notwendig.

Arbeitsschritt II.3: Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände**§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Verletzung, Fang oder Tötung von Individuen und ihren Entwicklungsstadien):**

Der festgestellte Brutplatz befindet sich nicht innerhalb des Plangebiets. Insofern kann eine Gefährdung von Eiern oder Jungtieren als Folge der Erschließung und Entwicklung des Plangebiets ausgeschlossen werden. Ein Eintreten des Verbotstatbestands der § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann also ausgeschlossen werden.

§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (Erhebliche Störung mit Auswirkungen auf die Lokalpopulation):

Die sukzessive Inanspruchnahme von essentiellen Nahrungsflächen des Steinkauzes durch die Entwicklung eines Baugebiets in unmittelbarer Nachbarschaft zum Revierzentrum führt zu einem fortschreitenden Rückgang des Lebensraumangebots (Nahrungsflächen). Dieser Rückgang von Lebensräumen führt im Ergebnis zum Verlust des Brutplatzes und damit zur Einschlägigkeit des Verbotstatbestands des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Hinzu treten vorhabenbedingte Störwirkungen, wie der Einsatz von Maschinen und Personen während der Erschließung des Plangebiets. Dies wiederum kann zur vorzeitigen Aufgabe von Brutplätzen infolge von Störwirkungen führen. Diese Auswirkungen sollen durch die Möglichkeit des Ausweichens auf andere geeignete Flächen kompensiert werden. Es kommt also zur Verlagerung des Revierstandortes. Aufgrund des vorhandenen Lebensraumangebots und der Tatsache, dass der Art ein zusätzliches Angebot an geeigneten Lebensstätten geboten würde, käme es nicht zu relevanten Beeinträchtigungen. Die Lokalpopulation bleibt trotz der Verlagerungen im Raum ohne Verschlechterung des Erhaltungszustandes erhalten. Es ist nicht mit erheblichen Störwirkungen zu rechnen.

§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörung oder Beschädigung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten):

Vorhabenbedingt wird 1 Revier des Steinkauzes beansprucht. Der Verbotstatbestand ist deshalb nicht auszuschließen.

§ 44 Abs. 5 Nr. 3 BNatSchG, Stellungnahme zur Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang:

Die Lebensraumfunktionen des in Anspruch genommenen Reviers können durch die funktionserhaltende Maßnahme M1 aufrechterhalten werden. Die Maßnahmenfläche liegt innerhalb des Aktionsraums der Art und somit im räumlichen Zusammenhang zum beanspruchten Revier. Die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang bleibt deshalb gewahrt. Die Vorgaben des § 44 Abs. 5 Nr. 3 BNatSchG sind erfüllt.

1. Werden evtl. Tiere verletzt oder getötet? (außer bei unabwendbaren Verletzungen oder Tötungen, bei einem nicht signifikant erhöhtem Tötungsrisiko oder infolge von Nr. 3)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
2. Werden evtl. Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten so gestört, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtern könnte?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
3. Werden evtl. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt, oder zerstört, ohne dass deren ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
4. Werden evtl. wild lebende Pflanzen oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur Entnommen, sie oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört, ohne dass deren Ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Arbeitsschritt III: Beurteilung der Ausnahmevoraussetzungen (wenn mindestens eine der unter II.3 genannten Fragen mit „ja“ beantwortet wurde)		
1. Ist das Vorhaben aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
2. Können zumutbare Alternativen ausgeschlossen werden?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
3. Wird der Erhaltungszustand der Populationen sich bei europäischen Vogelarten nicht verschlechtern bzw. bei Anhang IV – Arten günstig bleiben?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Eine Ausnahmeprüfung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist <u>nicht notwendig</u> .		

6.3.2 Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie

Im Betrachtungsraum wurden die untersuchten Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie nicht nachgewiesen (Feldhamster, Haselmaus; siehe Kapitel 5.2). Damit sind für diese Arten auch keine artenschutzrechtlichen Betroffenheiten zu befürchten. Für die potenziell auftretenden Fledermausarten (v.a. Zwergfledermaus) sind keine vorhabenbedingten Konflikte zu erkennen, so dass auch für sie eine artenschutzrechtliche Betroffenheit ausgeschlossen werden kann.

7. Zusammenfassung und Fazit

Die Stadt Zülpich stellt den Bebauungsplan Nr. 11/66 „Römergärten“ auf. Ziel ist die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes insbesondere zur Schaffung von Wohnbauflächen. In der vorliegenden artenschutzrechtlichen Betrachtung wird geprüft, ob und ggf. bei welchen Arten artenschutzrechtliche Konflikte entsprechend der Regelungen von § 44 BNatSchG auftreten können.

Die artenschutzrechtliche Konfliktbetrachtung wird auf Grundlage einer Bestandsaufnahme aller potenziell betroffenen artenschutzrechtlich relevanten Arten vorgenommen. Dies waren im vorliegenden Fall die Artengruppen der Vögel sowie Feldhamster und Haselmaus. Diese wurden im Rahmen von systematischen Untersuchungen erfasst. Aufgrund der mangelnden Konfliktlage erfolgte keine Erfassung der Fledermausfauna.

Für die im Betrachtungsraum vorkommenden prüfrelevanten Arten erfolgt eine Einschätzung, ob vorhabenbedingte Wirkfaktoren zur Auslösung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände führen können. Dabei werden Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (Minimierung bau- und anlagebedingter Inanspruchnahmen von Gehölzen, zeitliche Beschränkung der Eingriffe in Gehölze und Vegetationsflächen) berücksichtigt. Zudem wird für die im Vorhabensbereich bzw. seinem unmittelbaren Umfeld brütenden Arten Bluthänfling und Steinkauz eine umfangreiche funktionserhaltende Ausgleichsmaßnahme formuliert, die dazu dient, die Funktion der vorhabenbedingt betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang zu erhalten.

Die Prüfung kommt zu folgendem Ergebnis:

Im Plangebiet und seiner Umgebung sind Brutvorkommen verschiedener **nicht-planungsrelevanter Brutvogelarten** nachgewiesen worden. Bei diesen Arten treten im Regelfall keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG ein, so auch im vorliegenden Fall, da für evtl. von Lebensraumverlusten betroffene einzelne Vorkommen solcher Vogelarten Ausweichmöglichkeiten in der Umgebung vorhanden sind und das Vorhaben lediglich mit räumlich begrenzten Störfwirkungen verbunden ist. Das Verbot eingriffsbedingter Tötungen des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG gilt allerdings auch für die nicht-planungsrelevanten Arten, somit sind Maßnahmen zur Vermeidung einer Gefährdung der Individuen und Entwicklungsstadien erforderlich (Ausschlusszeit für Eingriffe in mögliche Brutbereiche, Vermeidungsmaßnahme V2).

Bei den im Plangebiet potenziell auftretenden **planungsrelevanten Gastvogelarten und Überfliegern** können artenschutzrechtlich relevante Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden, da die vorhabenbedingten Flächenbeanspruchungen und Störungen keine Brutplät-

ze und keine essenziellen Teilhabitate betreffen, sondern allenfalls geringe Anteile möglicher Nahrungsräume bzw. Teillebensräume solcher Arten.

Unter den planungsrelevanten Brutvogelarten sind für die außerhalb des Vorhabensbereichs brütenden Arten Feldsperling, Girlitz, Mehl- und Rauchschwalbe sowie den im südlichen Vorhabensbereich brütenden Star keine artenschutzrechtlichen Betroffenheiten zu erkennen, da ihre Brutplätze nicht beansprucht werden und der Vorhabensbereich für die Arten keinen essentiellen Nahrungsraum darstellt. Auch handelt es sich um störungstolerante Arten, die durch die Umsetzung des Vorhabens nicht indirekt beeinträchtigt werden.

Für den im nördlichen Vorhabensbereich brütenden Bluthänfling und den unmittelbar an der Grenze des Vorhabensbereichs brütenden Steinkauz hingegen ist davon auszugehen, dass die Brutplätze aufgegeben werden, wenn das Baugebiet sich sukzessive entwickelt. Für beide Arten wird deshalb eine zum Funktionserhalt geeignete Maßnahmenfläche angelegt, die etwa 1,5 km westlich des Vorhabensbereichs und somit im räumlichen Zusammenhang der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten liegt. Die Gestaltung und Pflege der Maßnahmenfläche wird im Rahmen der Maßnahme M1 vorgegeben und hier detailliert beschrieben. Unter Berücksichtigung der durchzuführenden Maßnahme treten auch für Bluthänfling und Steinkauz die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nrn. 1-3 BNatSchG nicht ein.

Aus artenschutzrechtlicher Sicht ist das geplante Vorhaben unter Berücksichtigung der beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen und der vorgezogen durchzuführenden, funktionserhaltenden Ausgleichsmaßnahme zulässig.

Für die Richtigkeit:

Köln, 27.08.2018

**KÖLNER BÜRO
FÜR FAUNISTIK** 
Gottesweg 64 D-50969 Köln
T.: 0221 9231618 F.: 0221 9231620
www.kbff.de kontakt@kbff.de

Dr. Thomas Esser

8. Literatur und sonstige verwendete Quellen

- ANDRETZKE, H., SCHIKORE, T. & K. SCHRÖDER (2005): Artsteckbriefe. In: SÜDBECK, P., ANDRETZKE, H., FISCHER, S., GEDEON, K., SCHIKORE, T., SCHRÖDER, K. & C. SUDFELDT (Hrsg.): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. – Radolfzell: 135-695.
- BAUER, H.-G., BEZZEL, E. & FIEDLER, W. (2005a): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Nonpasseriformes – Nichtsperlingsvögel. – 2. Aufl., Aula-Verlag, Wiebelsheim: 808 S.
- BAUER, H.-G., BEZZEL, E. & FIEDLER, W. (2005b): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Passeriformes – Sperlingsvögel. – 2. Aufl., Aula-Verlag, Wiebelsheim: 622 S.
- EUROPEAN COMMISSION (2006): Guidance on the strict protection of animal species of community interest provided by the 'Habitats' Directive 92/43/EEC. Draft Version 5.
- EUROPEAN COMMISSION (2007): Guidance document on the strict protection of animal species of Community interest under the Habitats Directive 92/43/EEC. Final Version, February 2007.
- FISCHER, S., FLADE, M. & J. SCHWARZ (2005): Revierkartierung. – In: SÜDBECK, P., ANDRETZKE, H., FISCHER, S., GEDEON, K., SCHIKORE, T., SCHRÖDER, K. & C. SUDFELDT (Hrsg.): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. – Radolfzell: 47-53.
- GRÜNEBERG, C., BAUER, H.-G., HAUPT, H., HÜPPOP, O., RYSLAVY, T. & P. SÜDBECK (2015): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands, 5. Fassung, 30. November 2015. Berichte zum Vogelschutz 52.
- GRÜNEBERG, C., S.R.SUDMANN, F. HERHAUS, P. HERCKENRATH, M.M.JÖBGES, H. KÖNIG, K. NOTTMAYER, K. SCHIDELKO, M. SCHMITZ, W. SCHUBERT, D. STIELS & J. WEISS (2016): Rote Liste der Brutvogelarten Nordrhein-Westfalens. 6. Fassung, Stand: Juni 2016. – Charadrius 52, 1-2: 1-66.
- KIEL, E.-F. (2005): Artenschutz in Fachplanungen. Anmerkungen zu planungsrelevanten Arten und fachlichen Prüfschritten. LÖBF-Mitteilungen 1/2005, 12-17.
- KÖHLER, U., KAYSER, A. & U. WEINHOLD (2001): Methoden zur Kartierung von Feldhamstern (*Cricetus cricetus*) und empfohlener Zeitbedarf. – Jb. Nass. Ver. Naturkde. 122, Wiesbaden: 215-216.
- LANUV (LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NRW) (2016a): Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen. <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/artenschutz/de/start>.
- LANUV (LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2016b): @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung). – (http://www.gis6.nrw.de/osirisweb/ASC_Frame/portal.jsp), Stand: 04.06.2018.
- MKULNV (MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, Hrsg.) (2013): Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ für die Berücksichtigung artenschutzrechtlich erforderlicher Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen. – Forschungsprojekt des MKULNV Nordrhein-Westfalen, Entwurf, Stand 20.08.2012.
- MKULNV (MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, Hrsg.) (2015): Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen. Vorkommen, Erhaltungszustand, Gefährdungen, Maßnahmen. – Düsseldorf: 266 S.

- MKULNV (MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN) (2016): Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (VV-Artenschutz). Rd.Erl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz v. 06.06.2016.
- WEIDLING, A. & M. STUBBE (1998): Eine Standardmethode zur Feinkartierung von Feldhamstern. – In: STUBBE, M. & A. STUBBE (Hrsg.): Grundlagen zur Ökologie und zum Schutz des Feldhamsters. Wiss. Beitr. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale: 259-276.